

Dokumentation

Innovativ und nachhaltig – Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland

Tagung am 28. Januar 2016, Humboldt Carré, Berlin



Inhalt

Einführung
 Prof. Dr. Karin Böllert..... 01

Vortrag
 Prof. Dr. Rolf Rosenbrock..... 03
 Elke Ferner..... 09

Diskussion
 Gesellschaftliche Wahrnehmung
 der Freien Wohlfahrtspflege 16

Workshop
 Interkulturelle Öffnung 20
 Innovation 23
 Wirkung 26
 Europa..... 29

Diskussion
 Ergebnisse der Workshops und
 Perspektiven für die Freie Wohlfahrtspflege 31

Ausblick
 Dr. Gerhard Timm..... 33

Ausführlichere Informationen zur Veranstaltung finden Sie in der Online-Dokumentation auf der Webseite: www.bagfw.de

Innovativ und nachhaltig – Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland

Einführung Professorin Dr. Karin Böllert, Wilhelms-Universität Münster, Tagungsmoderatorin

Innovativ und nachhaltig – Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland – so das Thema der Veranstaltung, mit dem alle Teilnehmenden eingeladen sind, Zukunftsthemen zu denken und zu diskutieren. Was ist nun Anlass für diese Veranstaltung, die offensichtlich auf ein erhebliches Interesse stößt und nicht nur die Vertreter und Vertreterinnen der Freien Wohlfahrtspflege selbst, sondern auch viele andere Akteure hier in Berlin zusammenführt?

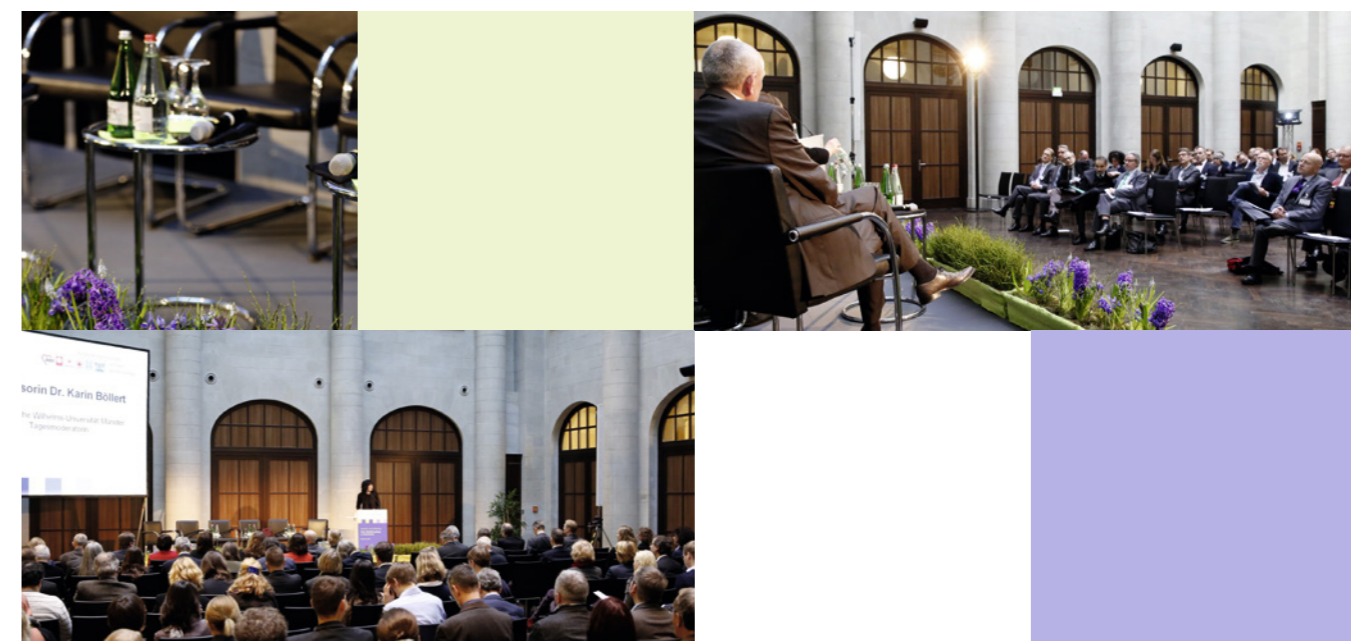
Wohlfahrtsverbände sind konstitutiver und überaus bedeutsamer Bestandteil des bundesrepublikanischen Wohlfahrtsstaates mit hoher Wertschätzung: 64 % der Befragten einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe sind der Meinung, dass Wohlfahrtsverbände äußerst bzw. sehr wichtig sind, 30 % schätzen diese als wichtig ein und nur 2 % meinen, dass diese unwichtig sind. Bedürftige zu unterstützen, soziale Hilfen zu leisten und dies insbesondere im Kontext der Altenpflege/-hilfe und der Kinder- und Jugendhilfe werden als Hauptaufgaben der Wohlfahrtsverbände erachtet – so das AWO-Sozialbarometer aus dem zurückliegenden Jahr 2015.

Wer also geglaubt hätte, dass man aus der Abnahme der Bindungskraft von parteipolitischen, gewerkschaftlichen, religiösen und anderen sozialen Milieus und damit von sozialen Zugehörigkeiten, aus denen die Freie Wohlfahrtspflege hervorgegangen und in denen sie auch heute noch verankert ist, dass man aus deren Abnahme gleichsam folgerichtig auch eine Abnahme der Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege schlussfolgern kann, – wer dies glaubt, der irrt! Mit über 100.000 Einrichtungen und mit mehr als 1,7 Millionen Beschäftigten ist die Freie Wohlfahrtspflege eine starke, ja unverzichtbare Säule des bundesrepublikanischen Wohlfahrtsstaates. Die Freie Wohlfahrtspflege ist politischer Akteur, Repräsentantin von Wertebindungen, Unternehmer und Dienstleister, fachliche Impulsgeberin. Sie ist zivilgesellschaftlicher Akteur und gleichermaßen ermöglicht sie freiwilliges Engagement für rund 3 Millionen Menschen.

Und dennoch: ist die Freie Wohlfahrtspflege deshalb auch schon innovativ und nachhaltig? Innovation und Nachhaltigkeit – zwei Begrifflichkeiten, die auf Ansprüche und zugleich auch auf Wirkungen verweisen, mit denen die Freie Wohlfahrtspflege agiert, agieren will – zwei Begrifflichkeiten, die durchaus auch Anlass für eine selbstkritische Standortbestimmung sein können.



Prof. Dr. Karin Böllert



Wäre ein Fragezeichen hinter diesem Veranstaltungstitel nicht vielleicht trotz aller Wertschätzung und Bedeutsamkeit der Freien Wohlfahrtspflege angebracht gewesen? Spricht das weggelassene Fragezeichen vor allem für das selbstbewusste Selbstverständnis der Freien Wohlfahrtspflege oder steht es darüber hinausgehend tatsächlich auch für eine angemessene Beschreibung dessen, was die Freie Wohlfahrtspflege leistet.

Eine Antwort auf diese Fragen wird es am Ende des heutigen Tages geben können. Dann, wenn wir uns eingehender mit der gesellschaftlichen Wahrnehmung der Freien Wohlfahrtspflege auseinandergesetzt haben. Dann, wenn die Präsentationen und Diskussionen in den vier Workshops

- zur interkulturellen Öffnung der Freien Wohlfahrtspflege,
- zu ihrem Innovationspotential,
- und zu ihren Wirkungen sowie
- zu ihrer besonderen Verfasstheit im europäischen Vergleich

zu Ergebnissen geführt haben, die abschließend im Plenum vorgestellt und in einem Ausblick zusammengefasst werden.

„Die Freie Wohlfahrtspflege wirkt auf eine solidarische, gerechte, inklusive Gesellschaft hin. Sie ist in diesem Sinne sozialpolitischer Anwalt und unterstützt Menschen in schwierigen Lebenslagen durch vielfältige Angebote. Sie kommt dieser Aufgabe in komplexen verbandlichen und unternehmerischen Strukturen nach. Die Freie Wohlfahrtspflege hat seit ihrer Entstehung für ungezählte „Innovateure“ die strukturellen Voraussetzungen geschaffen, um neue Ideen zur Lösung eines gesellschaftlichen Problems zu entwickeln und umzusetzen. Das derzeitige Dienstleistungsspektrum der Freien Wohlfahrtspflege ist damit das Ergebnis vielfältigster Innovationen, die aus der praktischen Arbeit heraus entwickelt wurden und über Jahrzehnte in sie eingeflossen sind. Die entscheidende Frage zur Beurteilung der Qualität einer sozialen Innovation ist die Frage nach ihrer Wirkung im Hinblick auf die bessere Bewältigung einer sozialen Herausforderung im Interesse der Betroffenen. Aber auch die Erfüllung weiterer Organisationsziele wie zum Beispiel die Steigerung der Attraktivität eines Trägers als Arbeitgeber, eine stärkere Identifizierung der Mitarbeiterschaft mit den Organisationszielen oder mit ökologischen Aspekten sind mit sozialen Innovationen verbunden. Gesellschaftliche Wandlungsprozesse, sich ändernde Rahmenbedingungen wie technischer oder

„Wäre ein Fragezeichen hinter diesem Veranstaltungstitel nicht vielleicht trotz aller Wertschätzung und Bedeutsamkeit der Freien Wohlfahrtspflege angebracht gewesen?“

medizinischer Fortschritt aber auch sich verschärfende Notlagen und zunehmende soziale Ungleichheit bewegen Menschen dazu, *aktiv zu werden* ganz unabhängig davon, ob man damit als Einrichtung oder Dienst einen Wettbewerbsvorteil erzielt“ – so die BAGFW selbst in einer Position von Ende 2012.

Sich mit Innovation und Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen, heißt somit nicht mehr und nicht weniger als der Frage nachzugehen, welche Antworten die Freie Wohlfahrtspflege auf zentrale gesellschaftliche Herausforderungen wie den demografischen Wandel, soziale Ungleichheiten, zunehmende Pluralität und Heterogenität von Lebenssituationen, aber auch auf den sich abzeichnenden Fachkräftemangel findet. Wie, mit welchen Angeboten, in welchen Strukturen und mit welchen Kooperationspartnern gelingt es der Freien Wohlfahrtspflege zukunftsweisende Dienstleistungen, sozialpolitische Positionierungen, attraktive Arbeitsbedingungen für die Fachkräfte und Möglichkeiten für zivilgesellschaftliches Engagement zu entwickeln, zu fördern und umzusetzen. Unter welchen Voraussetzungen und im Kontext welcher Rahmenbedingungen bewältigt die Freie Wohlfahrtspflege gesellschaftliche Herausforderungen so, dass ihre Träger, Organisationen, Einrichtungen und Dienste ihre Innovationspotentiale entfalten und im Sinne der Anliegen ihrer Adressaten und Adressatinnen Lösungen finden und nachhaltig wirken?

Wir dürfen gespannt darauf sein, wie diese Fragen im Laufe des heutigen Tages aufgegriffen und perspektivisch beantwortet werden.



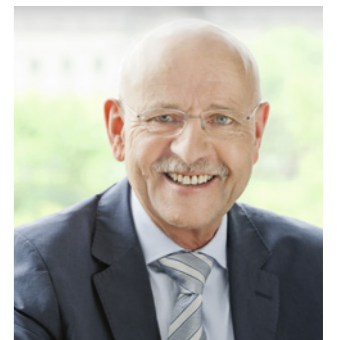
Die Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland – Tradition und Innovation

Vortrag Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Präsident der BAGFW, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes

Es ist ausgesprochen schwierig, heute und hier als Repräsentant der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland das Wort zu ergreifen, ohne von Flüchtlingen zu reden. Denn die Bewältigung des Andrangs Zuflucht Suchender in unserem Land steht ja nicht nur im Mittelpunkt der aktuellen politischen Auseinandersetzungen in Deutschland, sondern ist auch die Bewährungsprobe der Zivilgesellschaft. Ich bin in den letzten Wochen öfters ausführlich in Erstaufnahmeeinrichtungen in Berlin aber auch z. B. am Hamburger Hauptbahnhof und anderen Brennpunkten des Geschehens gewesen. Was ich dort gesehen habe, waren Bilder, wie ich sie mir in ihrer sozialen Dramatik in Deutschland nicht mehr hatte vorstellen können und, was wichtiger ist: es war in zweierlei Weise tief anrührend: Zum einen die Not, die offensichtliche Hilfsbedürftigkeit, zum anderen aber auch das Ausmaß und die Art und Weise, wie geholfen wurde, mit Empathie, Freundlichkeit, Nachsicht und Respekt. Das helle Deutschland – mit vielen Migrant/innen im ehrenamtlichen Einsatz. Dass es so ist, ist ein Zeichen für die Kraft des gesellschaftlichen Zusammenhalts, für die Vitalität der Zivilgesellschaft. Dass es sich auch weiter so entwickelt, trotz aller sicher zu erwartenden Probleme, dafür treten wir als Freie Wohlfahrtspflege ein, als zentral herausgeforderter, organisierter Teil der Zivilgesellschaft.

Die Freie Wohlfahrtspflege, als größter organisierter Kern der Zivilgesellschaft, hat mit ihren über 1,5 Millionen haupt- und ca. 3 Millionen ehrenamtlichen Arbeitenden, die mehr als 100.000 Angebote und Programme betreiben, diese Herausforderung vom ersten Tag an mit Engagement und Empathie angenommen. Das gilt längst nicht mehr nur die vielen hundert Programme und Organisationen, die ohnehin und immer schon auf den Gebieten der Migration, der Flüchtlingshilfe und der Nothilfe tätig sind, vielmehr kommt der Problemdruck mittlerweile auch voll in der Kinder- und Jugendhilfe an, aber auch in den anderen großen Feldern sozialer Arbeit, und das wird sich noch steigern. Die Freie Wohlfahrtspflege ist dabei aktiv in beiden Phasen der Ankunft hier in Deutschland: der Erstunterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und dann der Unterstützung, damit die Flüchtlinge hier schnell eigenständig leben können, dabei geht es um Sprachkurse, Landeskunde, Wohnungsbeschaffung, Einstieg in Bildung und Ausbildung, sowie natürlich Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Zivilgesellschaft hat die Herausforderung aber nicht nur in ihrer organisierten Form der Wohlfahrtspflege angenommen, sondern – und das ist vielleicht noch wichtiger – auch in Form vieltausendfachen ehrenamtlichen Engagements. Das waren und sind nicht nur Wolldecken, geschmierte Brötchen, Tee und Wasserflaschen an Bahnhöfen und Brennpunkten,



Prof. Dr. Rolf Rosenbrock



sondern das sind auch die vielen Tausend Bürgerinnen und Bürger, die täglich in die Not- und Erstaufnahmestellen kommen, um dort die tonnenweise gespendete Kleidung, Windeln und alles Mögliche zu sortieren und zu verteilen, erste Schritte in der neuen deutschen Sprache zu ermöglichen, Flüchtlinge als Lotsen in die neue Umwelt zu begleiten, Flüchtlinge bei sich zuhause zu bewirten oder aufzunehmen, und überall dort zu helfen, wo es Not tut. Und das ist viel. Unsere Organisationen bemühen sich mit finanzieller Unterstützung vom Staat, den Andrang von Freiwilligen neben dem Andrang von Flüchtlingen so weit wie möglich zu bewältigen, die Ehrenamtlichen ihren Interessen und Fertigkeiten entsprechend zu koordinieren, machbare Einsatzpläne zu erarbeiten und sie auch qualifiziert bei ihrer Arbeit zu unterstützen – interkulturelle Kommunikation, Grundzüge des Asylrechts, Umgang mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Wir beziehen dabei Flüchtlinge so weit wie möglich in die Arbeit ein – denn Flüchtlinge sind keine passive Verwaltungsmasse, sondern das sind lebendige Menschen, die was tun wollen, die eine Aufgabe und auch Herausforderungen brauchen – und auf diesem Wege auch oft erste Ansätze zur psychischen Bewältigung ihrer oft erschreckend brutalen Fluchterfahrungen finden können

Wir sorgen nach Kräften dafür, nicht nur insgesamt, sondern auch für jeden einzelnen Flüchtling aus dem Krisenmodus rauszukommen und erste Übergänge zur Normalität zu schaffen. Was dabei an sozialen Innovationen erdacht, erprobt, entwickelt und verallgemeinert wird, ist enorm: es reicht von der mobilen KiTa über völlig neue Formen von Patenschaft, Begleitung, Vermittlung von Wohnraum, Sprache und Arbeitsplatz. Diese Innovationskraft kommt nicht aus Konzeptworkshops und Seminaren, sondern sie ist das Ergebnis der Tatsache, dass empathische und respektvolle Menschen in unmittelbarem Kontakt und im Austausch mit den Flüchtlingen und ihren Problemen überlegen und ausprobieren, wie man wirksam helfen kann.

In der öffentlichen Wahrnehmung werden solche Leistungen, wird die Freie Wohlfahrtspflege insgesamt häufig als Arbeit am Gemeinwohl verstanden. Das ist einleuchtend, aber irreführend. Denn: Im pluralistisch verfassten Gemeinwesen wie Deutschland gibt es keine allgemeinverbindliche Definition des Gemeinwohls und kann es auch gar keine geben. Vielmehr wird unterstellt bzw. angestrebt, dass sich das bestmögliche Gemeinwohl durch die Mechanismen des Interessenausgleichs nach den Regeln der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gewissermaßen als Resultante ergibt. Das Gemeinwohl stellt sich danach also im und durch den demokratischen Prozess her.

„Wir sorgen nach Kräften dafür, nicht nur insgesamt, sondern auch für jeden einzelnen Flüchtling aus dem Krisenmodus rauszukommen und erste Übergänge zur Normalität zu schaffen. Was dabei an sozialen Innovationen erdacht, erprobt, entwickelt und verallgemeinert wird, ist enorm.“

An jedem politischen und insbesondere auch sozialpolitischen Diskurs nehmen – sehr grob gesprochen und unter Außerachtlassung von Parteien etc. – drei Akteurguppen teil, die jeweils unterschiedliche Zielbündel vertreten. Der Staat repräsentiert die Ziele Sicherheit, Ordnung und Rahmenbedingungen. Die gewerbliche Wirtschaft steht für Kosteneffizienz, Gewinn und Wachstum. Der dritte Akteur ist die Bürgergesellschaft. Sie vertritt – wiederum sehr grob gesprochen – das Ziel des guten *Zusammenlebens aller Menschen*. Diese Maxime ist zwar sehr nah dran an den mit Gemeinwohl intuitiv verknüpften Idealen der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Gemeinschaftlichkeit. Dennoch kann sie schon deshalb keinen Alleinvertretungsanspruch für das Gemeinwohl erheben, weil Annäherungen an diese Ideale kaum ohne Beiträge der Wirtschaft und des Staates vorstellbar sind. Ein Monopol aufs Gemeinwohl kann die Freie Wohlfahrtspflege also nicht für sich behaupten.

Realistisch angestrebt werden kann allerdings ein größeres Gewicht der aus dieser Maxime – das gute Zusammenleben aller Menschen – folgenden Vorstellungen und Konzepte im öffentlichen Ringen um Einfluss und Ressourcen. Vertreten wird diese Maxime von jenen Menschengruppen, sozialen Bewegungen, Organisationen und Institutionen, die zumindest einen Teil ihrer Existenz nicht nach den Regeln und Prioritäten des Marktes verbringen wollen oder können und die zugleich sehen, dass eine Menge Probleme weder mit den Strategien des Marktes noch mit dem Handlungsrepertoire des Staates gut zu lösen sind.

Die Freie Wohlfahrtspflege ist ein hoch anerkannter Teil dieser Bürgergesellschaft. Ihr Wert für das Gemeinwesen wird – trotz stets latenter Legitimationskrisen – nicht nur jetzt aktuell, sondern eigentlich immer nahezu allseits hoch geschätzt. Gleichwohl unterliegen unsere Zielvorstellungen vom „guten Zusammenleben aller Menschen“ allzu oft und zumindest in nicht abnehmendem Maße gegenüber Argumenten der gewinnorientierten Wirtschaft und dem Verwaltungshandeln des Staates.

Meine Vermutung oder auch These ist: Der öffentliche und politische Einfluss der Freien Wohlfahrtspflege – und damit die Maxime vom guten Zusammenleben aller Menschen – könnte gesteigert werden, wenn wir öfter und deutlicher klar machen würden, dass es diese moralisch-ethische Maxime ist, wegen der es die Freie Wohlfahrtspflege gibt, wegen der wir arbeiten und für die wir uns einsetzen. Diese Orientierung ist – bei allen Verschiedenheiten – m. E. das Gemeinsame und das Proprium der Freien Wohlfahrtspflege.

„Was wäre anders in Deutschland, wenn es die Freie Wohlfahrtspflege nicht gäbe?“

Eine solche Werte-Orientierung kann nur glaubhaft sein, wenn sie nicht nur beteuert, sondern mit praktischen und praktikablen Ziel- und Qualitätsindikatoren unterlegt ist. Ob diese Ziele und Qualitäten nun religiös oder humanistisch begründet sind – in der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege geht es immer um Ermöglichung von Teilhabe, um Selbstbefähigung und die Verringerung sozial bedingter Ungleichheit,

letzlich um Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung.

Die Freie Wohlfahrtspflege hat mit dieser Maxime und den aus ihr folgenden Orientierungen und Zielen einen wichtigen, von niemandem sonst so organisiert und deutlich vertretenen Part im Gemeinwohldiskurs. Das ist kein Grund zur Selbstzufriedenheit, denn zu fragen ist u. a., ob dies auch unsere Umwelten so wahrnehmen oder ob nicht viele Beobachter, Finanziere und Nutzer in uns einfach historisch gewachsene Player am Markt für Sozialleistungen sehen. Zu fragen ist auch, wie wir unseren Werten, Maximen und Zielen in unserer Arbeit ein noch stärkeres Gewicht geben können.

Eine Voraussetzung dafür ist, dass sich die Freie Wohlfahrtspflege zunächst einmal selbst der Gemeinwohlorientierung und Wertegebundenheit ihrer Arbeit vergewissert. Und dabei auch die Frage aufwirft: Was wäre anders in Deutschland, wenn es die Freie Wohlfahrtspflege nicht gäbe? Zu fragen ist auch nach den Konsequenzen dieser Orientierung für zentrale Aspekte, die in allen Bereichen der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege eine Dauerherausforderung bilden. Ich werde dieser Frage im Folgenden skizzenhaft an vier Themen nachgehen:

- Wirksamkeit/Qualitätssicherung/Ergebnisdarstellung
- Innovation
- Wächteramt und
- Stellung der Freien Wohlfahrtspflege in der Zivilgesellschaft.

Bei der Qualitätssicherung und in der Wirkungsdiskussion stellt sich z. B. die Frage, wie sich die Freie Wohlfahrtspflege im oft gegebenen Spannungsfeld zwischen ganzheitlich-fachlich-inhaltlich gesteuert sozialer Arbeit einerseits und einer zunehmend zerlegenden und Erfolg – vor allem quantitativ und monetär – bestimmenden Betrachtungsweise andererseits positionieren will und kann. Natürlich wollen und müssen wir die Qualitäten unserer Arbeit ermitteln, verbessern und dokumentieren. Aber oft genug verkommt diese Form der Qualitätssicherung und Qualitätsdokumentation zu einer bloßen Alibiveranstaltung. Für Zuwendungsgeber und Finanziere wird mit Qualitätsdokumentationen, mit Daten und Zahlen gewissermaßen eine eigene Benutzeroberfläche gestaltet und abgeliefert, in der es ausschließlich um die formalen und quantifizierbaren Aspekte der Leistungen geht. Das Eigentliche – der Gewinn an Teilhabe und Lebensqualität für unsere Klientinnen und Klienten, die Beziehungsarbeit, die Vermehrung von Zusammenhalt und Vertrauen – all das geht dabei unter.

Sinnlos erscheint es mir – das vorweg – auf die Frage nach dem Mehrwert sozialer Arbeit in Euro und Cent mit einer Antwort in Euro und Cent zu reagieren. Das aber tun heute zahlreiche Sozialwirtschaftsberichte. Sie zeigen, dass der Staat mehr Steuern, die Sozialversicherungen mehr Beiträge einnehmen, dass der örtliche Handel mehr Umsatz macht, weil die Betroffenen mehr Einkommen haben, dass also das Bruttoinlandsprodukt steigt, wenn soziale Arbeit wirkt. Dass soziale Arbeit nicht nur Kosten verursacht, sondern auch wirtschaftliche Erträge



für die Gesellschaft erbringt. Gut, damit kann man manchen gutwilligen Politiker beruhigen und seine Ausgabenbereitschaft erhöhen. Aber: heißt das, dass wir soziale Arbeit mit den Menschen unterlassen sollen, für die eine solche Rechnung nicht aufgeht? Ist die Höhe des return of investment ein annehmbarer Maßstab für Prioritätensetzung in der Sozialen Arbeit? Machen wir überhaupt Soziale Arbeit, damit das Bruttoinlandsprodukt steigt?

Auf diese Weise kommen wir nicht aus der Defensive. Gewiss haben wir keine Einwände, wenn im Ergebnis unserer Arbeit das Bruttoinlandsprodukt steigt. Aber wir tun unsere Arbeit aus anderen Gründen. Uns geht es um mehr und etwas Anderes. Uns geht es um Teilhabe – physische, psychische, soziale, materielle Teilhabe und um die Überwindung von Hindernissen die diesen Zielen entgegen stehen. Da ist das Bruttoinlandsprodukt kein geeigneter Maßstab, denn es ist blind gegenüber gesellschaftlichen Zielen und Werten. Da müssen wir andere Konzepte wie gesellschaftliche Kohärenz, Verwirklichungschancen und Lebensqualität in Stellung bringen. Ob sich die so bequem quantifizieren lassen wie das Bruttoinlandsprodukt bezweifle ich. Aber ist Quantifizierbarkeit das Kriterium von Richtigkeit oder Priorität? Albert Einstein hat einmal gesagt: „Nicht alles was zählbar ist, zählt; nicht alles was zählt ist zählbar.“ Solche Untersuchungen und die Art ihrer Präsentation in der Öffentlichkeit hinterlassen bei mir oft ein ungutes Gefühl und zwar nicht wegen der Ergebnisse, sondern wegen des mit ihnen verbundenen Denkens. Ich möchte dies mit ein paar Fragen verdeutlichen: Würden wir denn Gefährdetenhilfe nicht mehr gut finden und nicht mehr für förderungswürdig halten, wenn der ökonomische Nutzen nicht nachweisbar wäre? Oder wenn der gleiche Nutzen – ausgedrückt in Euro – zum Beispiel durch mehr staatliche Zwangsregeln zu erzielen wäre? Oder: wie würden wir ein Projekt der Sozialen Arbeit bewerten, dessen Nutzen sich – gemessen z. B. in Teilhabe und Lebensqualität - vor allem in den mittleren Sozialschichten realisiert, also vor allem solchen Bevölkerungsgruppen zugutekommt, die ohnehin eine geringere Problemlast tragen? Solch Interventionen könnten einen guten *return of investment* erzielen und würden zugleich die soziale Ungleichheit vergrößern. Wenn wir die Werte-Debatte offensiv führen wollen, müssen wir uns Gedanken darüber machen und Konzepte entwickeln, wie wir den Gewinn an Teilhabe, Selbstwertgefühl, Selbstwirksamkeit und sozialer Einbindung auch als Qualitäten unserer Arbeit darstellen können.

Nur wenn es uns gelingt, diese Aspekte als unverzichtbare und von niemandem sonst zu erbringende Qualitäten unserer Arbeit darzustellen und öffentlich zu machen, können wir, kann die Freie Wohlfahrtspflege in der Wertediskussion wieder in die Offensive kommen.

Auf dem Gebiet der Innovation sieht sich die Freie Wohlfahrtspflege zunehmend der Zweiflung ihrer Innovationskraft und der Heroisierung des *social entrepreneurs* konfrontiert. Implizit wird damit die grundsätzliche Überlegenheit des *Marktes* gegenüber der *Bürgergesellschaft* behauptet. Das ist empirisch meist leicht zu widerlegen. Die Jahrhundertinnovation in der Wohlfahrtspflege ist der Übergang von der paternalistischen Fürsorge zur partnerschaftlichen Aktivierung und Ressourcenförderung auf nahezu allen Feldern unserer Arbeit. Diese Innovation resultierte nicht aus Kosten- oder Marktüberlegungen, sondern aus den v. a. gemein-

„Sinnlos erscheint es mir auf die Frage nach dem Mehrwert sozialer Arbeit in Euro und Cent mit einer Antwort in Euro und Cent zu reagieren.“

wirtschaftlich gewonnenen Erfahrungen und der Arbeit mit unseren Klientinnen und Klienten. Frauenhäuser, Aidshilfen, Sozialraumorientierung und auch der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff – um einige wirklich aufregende soziale Innovationen zu nennen – wurden nicht von Sozialunternehmen erfunden, sondern sind das Ergebnis der Auseinandersetzung empathischer Menschen mit realen menschlichen und gesellschaftlichen Problemen – ohne Gewinnstreben, *proud to be not for profit*. Diese Stärke sollte aber auch nicht zum Vorwand genommen werden, sich auf den unbezweifelbaren sozialen Innovationen der Freien Wohlfahrtspflege auszuruhen und die Frage nach der Innovationskraft als erledigt zu betrachten.

Die Freie Wohlfahrtspflege ist mit ihren mehr als 100.000 Programmen und Einrichtungen an nahezu allen potentiell dunklen, schwierigen, auch ungerne gesehenen Ecken und Bruchstellen der Gesellschaft unterwegs. Gerade aktuell in der Bewältigung des Andrangs von Zuflucht Suchenden stellt die Freie Wohlfahrtspflege ihre Innovationskraft wieder einmal eindrucksvoll unter Beweis. Da Innovationen im Rahmen unseres Wertesystems wesentlich davon abhängen, dass wir den Betroffenen eine Stimme geben und Betroffene zu Beteiligten machen, wäre zu fragen, ob mehr und anderes getan werden kann, um den Weg vom *sozialen Problem* zur *sozialen Innovation* sicherzustellen und zu verkürzen.

Die Freie Wohlfahrtspflege ist mit ihren mehr als 100.000 Programmen und Einrichtungen an nahezu allen potentiell dunklen, schwierigen, auch ungerne gesehenen Ecken und Bruchstellen der Gesellschaft unterwegs. Gerade aktuell in der Bewältigung des Andrangs von Zuflucht Suchenden stellt die Freie Wohlfahrtspflege ihre Innovationskraft wieder einmal eindrucksvoll unter Beweis. Da Innovationen im Rahmen unseres Wertesystems wesentlich davon abhängen, dass wir den Betroffenen eine Stimme geben und Betroffene zu Beteiligten machen, wäre zu fragen, ob mehr und anderes getan werden kann, um den Weg vom *sozialen Problem* zur *sozialen Innovation* sicherzustellen und zu verkürzen.

Die dritte Implikation betrifft das Wächteramt der Freien Wohlfahrtspflege. Ich erwähnte es bereits: Die Institutionen, Programme und Angebote der Freien Wohlfahrtspflege bilden das feinste und am stärksten verzweigte Nervensystem zu den Bruchstellen und dunklen Ecken unserer Gesellschaft. Und unser Wertekompass sagt uns, dass Soziale Arbeit mehr sein muss als ein Notpflaster und mehr als unmittelbare Nothilfe. Soziale Arbeit muss auch öffentlich benennen, dass ein großer Teil der bearbeiteten Probleme ihre Verursachung in der kontinuierlich weiter werdenden Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich hat. Soziale Arbeit ist auch befugt und meines Erachtens auch verpflichtet zu benennen, wie diese Schere wirkt und durch welche Maßnahmen dieses Dilemma zumindest verkleinert werden könnte. Deshalb nehmen die Freie Wohlfahrtspflege und ihre Organisationen ebenso regelmäßig zu neuen Ausprägungen und Folgen der wachsenden Ungleichheit und der ihr folgenden sozial bedingten Ungleichheit von Lebens- und Gesundheitschancen Stellung. Deshalb nehmen wir auch öffentlich Stellung gegen alte und neue Versuche gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, sei es in der Gesetzgebung, sei es in den Medien oder sei es in Form von öffentlichen Manifestationen und Gewaltanschlägen. Denn Freie Wohlfahrtspflege steht für Inklusion, und Inklusion ist eben das Gegenteil von Exklusion. Manchmal mag diese Wahrnehmung des Wächteramtes nerven, aber sie ist notwendig, um zu zeigen, dass wir es ernst meinen mit den Werten Teilhabe, Chancengleichheit und Respekt – als Voraussetzung und Teil des *guten Zusammenlebens aller Menschen*.

Die vierte und letzte Implikation einer Strategie, mit der wir in der Frage der Werte unserer Arbeit wieder in die Offensive kommen können, betrifft Bündnisse. Die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege bilden als Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege ein Bündnis der Wohlfahrt. Das ist gut und wichtig und notwendig und wirksam, aber öffentlich – außer an Tagen wie heute – wenig sichtbar. Zusammen mit den Vertretern der Gebietskörperschaften und insbesondere den Kommunen bildet die Freie Wohlfahrtspflege darüber hinaus den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge – auch dies ein unverzichtbares aber ebenfalls wenig öffentlichkeitswirksames Scharnier. Wenn wir darüber hinaus mit breiter Wirkung für unsere Werte und gegen die rigorose Ökonomisierung aller Lebens-

vollzüge oder – in den Worten von Jürgen Habermas – die Kolonialisierung der Lebenswelten wirksam werden wollen, brauchen wir mehr und neue Bündnispartner, und wir müssen auch mal auf der Straße und in den Medien sichtbar sein. Das ist für Wohlfahrtsorganisationen neu, denn sie sind von Natur aus sanftmütig und ausgleichend, man ist gewohnt, dass sie möglichst geräuschlos und im Hintergrund soziale Probleme bearbeiten. Aber veränderte Lagen erfordern eben auch neue Strategien. Das erlebe ich derzeit exemplarisch als Vertreter der BAGFW im Beirat des Bundesministeriums der Wirtschaft zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft, besser bekannt unter der Abkürzung TTIP. Dort haben sich die Vertreter der Zivilgesellschaft in diesem Beirat, also u. a. der Kulturrat, der BUND, die Akademie der Künste, der DGB, die ökologische Landwirtschaft und etliche andere zusammengeschlossen, um darauf hin zu arbeiten, dass die Basis unserer Arbeit in der Daseinsvorsorge nicht durch internationale Handelsabkommen wie derzeit vor allem durch TTIP untergraben wird. Die Grundlage dieser Bündnisse ist eine gemeinsame Wertebasis: unsere Bündnispartner sind – wie wir selbst – Menschengruppen, soziale Bewegungen, Organisationen und Institutionen, die zumindest einen Teil ihrer Existenz nicht den Regeln und Prioritäten des Marktes unterordnen wollen oder können und die zugleich sehen, dass eine Menge Probleme weder mit den Strategien des Marktes noch mit dem Handlungsrepertoire des Staates gut zu lösen sind.

So, ich hoffe, Ihnen mit diesen Bemerkungen einigen Stoff zur Diskussion und auch zum Widerspruch gegeben zu haben. Das nämlich wollte ich, damit die Konferenz den drei Zielen dienen kann, wegen derer wir sie veranstalten:

- den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege als Ort der Selbstvergewisserung
- der Öffentlichkeit und der Politik als Manifestation unserer Werte und unserer Innovationskraft
- allen Kräften und Akteuren als Orientierung für die Entwicklung von Bedingungen, unter denen die Freie Wohlfahrtspflege ihre Potenziale zum Nutzen des Gemeinwohls voll entfalten kann.

Gelingt dies, dann kann der Einfluss der Maxime vom *guten Zusammenleben aller Menschen* in den Auseinandersetzungen mit Staat und Wirtschaft sicherlich noch gesteigert werden – zum Nutzen aller.



Freie Wohlfahrtspflege als unverzichtbare Säule des Sozialstaates

Vortrag Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

I.

Ich bin gern zu Ihnen gekommen, denn die Leistungen und die Besonderheit der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland sind wirklich etwas Besonderes. Die Freie Wohlfahrtspflege ist über die Jahre nicht nur unverzichtbare Säule unseres Sozialstaates und damit der Daseinsvorsorge geworden, sondern sie kann auch flexibel und schnell auf neue Situationen reagieren.

Die Wohlfahrtspflege hilft. Wohlfahrtspflege wirkt, weil sie hilft. Und sie verbindet Haupt- und Ehrenamt miteinander. Dafür möchte ich allen Beteiligten, den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege, aber auch den Haupt- und Ehrenamtlichen ganz herzlich danken.

Wenn die Zuwanderung von über einer Million Flüchtlinge allein im letzten Jahr die größte Herausforderung ist, vor der unsere Gesellschaft heute steht, dann ist es nicht zuletzt die Wohlfahrtspflege, die Antworten auf diese Herausforderung findet. Die Freie Wohlfahrtspflege ist Teil des *hellen Deutschland*, wie Sie, Herr Professor Rosenbrock, es im November anlässlich der Verleihung des Deutschen Sozialpreises genannt haben. Viele Menschen helfen, viele engagieren sich ehrenamtlich, viele gehen dabei bis an die Grenzen ihrer Kräfte, und viele tun das in den Strukturen, den Verbänden und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege. Ohne dieses Engagement würde die Aufnahme von Flüchtlingen nicht gelingen. Die Freie Wohlfahrtspflege ist aber auch zur Stelle, wenn sich das *dunkle Deutschland* zeigt.

In Frauenhäusern finden Frauen Unterstützung, die sexualisierte Gewalt erlebt haben. In ihrer privaten Wohnung oder, wie in der Silvesternacht in Köln und anderswo, im öffentlichen Raum. Ob Flüchtlinge, ob Frauen, die von Gewalt betroffen sind, ob alte Menschen, die einen Pflegedienst brauchen oder Kinder, die in der Kita frühe Bildung bekommen: Die Wohlfahrtspflege hilft. Mit ihren 1,7 Millionen Hauptamtlichen, ihren 2,5 bis 3 Millionen Ehrenamtlichen, ihren über 100.000 Organisationen und Einrichtungen. Für alle Generationen und alle Lebenssituationen.

II.

Wir haben uns so daran gewöhnt, dass die Antwort auf die Frage: „Was würde passieren, wenn es die Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland nicht gäbe?“ gar nicht so leicht fällt. Vielleicht könnte man sagen: Wir würden in einer egoistischeren Gesellschaft leben. Eine Zeitlang sah es ja so aus, als sei ein Gesellschaftsmodell auf dem Vormarsch, nach dem die Menschen nichts als ihren eigenen Vorteil im Auge haben. Eine solche Gesellschaft würde ihre Wohlfahrt nach der Formel organisieren: Hilfe bekommt, wer bezahlen kann oder: Wenn jeder sich selbst hilft, ist allen geholfen. Vielleicht hat man auch Glück und kennt hilfsbereite Menschen in der Familie oder in der Nachbarschaft.

Zum Glück ist dieses Gesellschaftsmodell wieder ein bisschen zurückgedrängt worden. Ich will in einer solidarischen Gesellschaft leben. Eine solche Gesellschaft braucht die Freie Wohlfahrtspflege im Zusammenspiel mit einem starken Sozialstaat. Solidarität und Hilfe in Not sind staatliche Aufgaben. Der Staat trägt in Deutschland als Sozialstaat Verantwortung für die Daseinsvorsorge. Es ist staatliche Aufgabe, soziale Unterschiede auszugleichen, Teilhabe zu ermöglichen und den Menschen mit konkretem Rechtsanspruch soziale Sicherheit zu gewährleisten, die das aus eigener Kraft nicht können. Der Staat ist dafür verantwortlich, dass soziale Dienstleistungen in verlässlichen Strukturen erbracht werden. Aber der Staat muss nicht alles selbst machen, und er kann auch nicht alles selbst am besten.

Unser Sozialstaat folgt neben den Prinzipien der Solidarität und der Gerechtigkeit auch dem Prinzip der Subsidiarität. Freie Wohlfahrtspflege wird nicht von oben verordnet, sondern vor Ort von freien Trägern geleistet. Mit dem Subsidiaritätsprinzip ist ein bestimmtes Bild von Innovation und Wirkung verbunden. Angebote sind dann am wirksamsten, wenn sie den konkreten Bedarf und die Vielfalt der Lebensverhältnisse treffen. Wirkung und Ideen entstehen dort, wo Hilfe gebraucht wird, und das ist oft das unmittelbare Lebensumfeld. Subsidiarität lässt den nötigen Raum für Innovation.

Dass soziale Angebote dann am besten sind, wenn sie von freien Trägern erbracht werden, muss allerdings auch die Freie Wohlfahrtspflege immer belegen. Auch gegenüber denjenigen, die behaupten, über Innovation und Wirkung entscheide am besten der Markt.

„Wir würden in einer egoistischeren Gesellschaft leben, wenn es die Freie Wohlfahrtspflege nicht gäbe.“

Die Frage, wie die Mittel im Sozialsystem effizient eingesetzt werden können, ist berechtigt. Aber ich bin davon überzeugt, dass soziale Leistungen nicht dann am besten sind, wenn private Anbieter daran verdienen. Ich glaube an die Innovationskraft der Zivilgesellschaft. Ich glaube, dass es besser ist, wenn gemeinnützige freie Träger ihre Gewinne zurück ins Soziale investieren. In Fort- und Weiterbildung, in Aktivitäten an der Basis, in die Begleitung der Ehrenamtlichen und in die Erweiterung der Angebote. Das ist die Chance und die Aufgabe der Freien Wohlfahrtspflege: Sie muss sich so aufstellen, dass neue

Ideen und neue Angebote sich verbreiten und durchsetzen können. Nicht dadurch, dass jemand Geld damit verdient, sondern dadurch, dass sie wirken und den Menschen konkret helfen. Zu den Qualitätsmerkmalen der Freien Wohlfahrtspflege gehört auch das bürgerschaftliche Engagement. Das Ehrenamt steht in der Tradition der Wohlfahrtsverbände als Hilfe zur Selbsthilfe, als christliche Bereitschaft zu Diakonie und Caritas oder als Solidarität in der Arbeiterbewegung. Die drei Millionen Ehrenamtlichen bringen eine besondere Qualität in die Freie Wohlfahrtspflege ein: nicht als Lückenbüßer, sondern als Partner hauptamtlicher Fachkräfte, und nicht als Ersatz für sozialstaatliche Verantwortung, sondern als deren Erweiterung und Verbesserung. Engagement ist darüber hinaus Teilhabe und Selbstbestimmung. Wer sich engagiert, gestaltet mit, was in unserer Gesellschaft passiert, redet mit, will gehört werden. Auch das gehört zur Freien Wohlfahrtspflege.

Wohlfahrtspflege fordert und packt gleichzeitig konkret an. Wohlfahrtspflege hilft in Notlagen, akzeptiert soziale Notlagen aber nicht als gegeben, sondern trägt die Anliegen der Menschen in Not in den politischen Raum, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Diese Verbindung von konkreter Hilfe und politischer Interessenvertretung macht einen Teil der Wirksamkeit und der Glaubwürdigkeit der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland aus. Wohlfahrtsverbände sind nicht nur Anwälte des Sozialen – sie sind Anwälte der Menschen.

III.

So fügt sich aus verschiedenen Qualitätsmerkmalen das Bild einer Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland zusammen, die in Europa einzigartig ist. Einzigartig heißt auch: Andere verstehen nicht ohne weiteres, was Wohlfahrtspflege in Deutschland ist und leistet.

Wir müssen in Europa dafür werben und dafür argumentieren; das ist eines Ihrer Anliegen auf dieser Veranstaltung. Ich bin davon überzeugt, dass die Freie Wohlfahrtspflege mit ihrer Trägervielfalt, ihrer Gemeinnützigkeit und ihrem bürgerschaftlichen Engagement beispielgebend sein kann für ein soziales Europa. Die Politik in Deutschland steht an der Seite der freien Wohlfahrtsverbände. Ich sage das für mich persönlich und gleichzeitig mit aller Deutlichkeit für das Ministerium, das ich hier vertrete. Das Bundesfamilienministerium arbeitet sehr gern mit der BAGFW und ihren Mitgliedsverbänden zusammen. Wir sind Partner in wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen. Wir unterstützen die Mitgliedsverbände der BAGFW durch eine

Grundförderung. Die Wohlfahrtsverbände betreiben über 300 Frauenhäuser. Sie tragen 60 Lokale Allianzen für Demenz und sind an anderen beteiligt. Sie tragen viele der 450 Jugendmigrationsdienste und über 25.000 Kindertagesstätten und Kindergärten, unzählige Senioreneinrichtungen. Das ist schon viel und doch nur ein kleiner Ausschnitt der Bereiche und Programme, in denen wir auf lokaler Ebene mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten. Wir arbeiten auch zusammen an den Themen, die Sie heute auf dieser Tagung diskutieren: Wir haben viele Gespräche zu sozialen Innovationen innerhalb und außerhalb der Wohlfahrtsverbände geführt. Wir haben über Wirkungsorientierung geredet und über die Frage der Messbarkeit von Wirkungen.

Das ist ein Prozess innerhalb der Freien Wohlfahrtspflege und gleichzeitig ein Dialog zwischen der Freien Wohlfahrtspflege und der Politik, der weitergehen muss und weitergehen wird. Ich freue mich über Ihre Standortbestimmung zur Wirkungsorientierung.

Und ich lade Sie ein, weiter darüber nachzudenken und auch konkret zu werden:

- Wie kommen neue Ideen in die Wohlfahrtspflege?
- Wie setzen sie sich durch, wie werden sie verbreitet?
- Wie wollen Sie wirkungsorientierte Arbeit umsetzen?
- Wie wollen Sie Wirkungen feststellen und kommunizieren?

IV.

Wie kommen neue Ideen in die Welt? Eine Antwort auf diese Frage habe ich zu Anfang schon angedeutet: Indem sich neue Probleme, neue Aufgaben stellen. Das ist eine Situation, die der Wohlfahrtspflege vertraut ist; denn der gesellschaftliche Wandel bringt den Wohlfahrtsverbänden immer wieder neue Aufgaben und Herausforderungen. Ich will drei davon ansprechen:

- ganz aktuell die Aufnahme von Flüchtlingen,
- gleiche Chancen für Frauen,
- etwas allgemeiner, die Frage von Inklusion und Teilhabe.

Was die Hilfe für Flüchtlinge angeht, ist in diesen Monaten noch viel Improvisation nötig. Turnhallen und leerstehende Bürogebäude, Decken und Duschzeug, Essen und Trinken, Gespräche, erste Deutschstunden, Begleitung zum Arzt oder zum Amt, gemeinsame Aktivitäten: Tausende von Helferinnen und Helfern haben innerhalb und außerhalb der Wohlfahrtsverbände gezeigt, dass die Geflüchteten willkommen sind. Engagement für Flüchtlinge hat sich als innovativ und wirksam erwiesen.

Wir wollen dieses Engagement stärken, und in den Haushaltsverhandlungen ist es uns gelungen, dafür finanzielle Mittel zu bekommen. Die zentrale Förderung der Wohlfahrtsverbände ist erhöht worden, und es gibt zusätzliche Mittel für die Wohlfahrtsverbände für die Beratung und Unterstützung von Flüchtlingen. Die Mittel für das Bundesprogramm *Demokratie leben!*

wurden auf über 50 Millionen Euro erhöht. Ein Programm, das Demokratieförderung, Extremismusprävention und ein vielfältiges Engagement für Demokratie und Vielfalt verbindet. Kommunal, regional und überregional, mit dauerhaften Strukturen ebenso wie mit neuen Ideen. Dazu kommen 100 Millionen Euro für das Bundesprogramm zur sprachlichen Bildung in Kitas. 15 Millionen mehr für bessere Sprachförderung an den Unis, 10 Millionen, mit denen wir unter anderem Patenschaften für zugewanderte Familien fördern werden, und 50 Millionen Euro pro Jahr für 10.000 zusätzliche Plätze im Bundesfreiwilligendienst. Nicht alles davon ist innovativ. Wenn es bereits Strukturen gibt wie in der Flüchtlingsarbeit der Wohlfahrtsverbände oder bewährte Modelle wie der sprachlichen Bildung in Kitas, dann müssen wir das Rad nicht neu erfinden. Wir müssen diese Strukturen stärken. Neu ist aber zum Beispiel, dass sich im Bundesfreiwilligendienst auch Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive engagieren können. Freiwilligendienste haben mit ihrer besonderen Form des Engagements die Wirkung, dass sie Hauptamtliche und andere Ehrenamtliche besonders verlässlich entlasten. Weil sich die Freiwilligendienstleistenden für eine bestimmte Zeit in Vollzeit engagieren. Freiwilligendienste sind außerdem Lerndienste, und das macht sie für Flüchtlinge besonders spannend. Denn wer sich engagiert, kommt mit Einheimischen in Kontakt, lernt schneller Deutsch, lernt das Land besser kennen und erfährt von Anfang an, dass er oder sie nicht Bittstellerin oder Bittsteller ist, sondern etwas geben kann.

Viele Flüchtlinge wollen sich engagieren, weil sie die Not der Geflüchteten kennen. Einige können auch deshalb besonders gut helfen, weil sie die Sprache der Geflüchteten sprechen. Die ersten etwa 150 Flüchtlinge sind schon im Bundesfreiwilligendienst angekommen. Wir müssen in diesem Jahr die Weichen dafür stellen, dass die Flüchtlinge, die in Deutschland bleiben, auch in unserer Gesellschaft ankommen.

Im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt, im Alltagsleben in Deutschland und in den Werten, die unser Zusammenleben bestimmen. Engagement kann Integration leichter machen und beschleunigen. Deshalb finde ich die Öffnung der Freiwilligendienste für Flüchtlinge wirklich innovativ. Sie ist ein Beispiel für die interkulturelle Öffnung, die Sie zum Thema eines Ihrer Workshops machen. Eine Facette von vielen, zu denen auch die kultursensible Pflege älterer Migrantinnen und Migranten, der Umgang mit islamischen Wohlfahrtseinrichtungen und die Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen gehören. Die Bundesregierung setzt dabei auf die integrative und innovative Kraft der Freien Wohlfahrtspflege. Die Beratungen der Deutschen Islam Konferenz zum Thema Wohlfahrt haben das deutlich gemacht. Wir sehen, wie viel Wohlfahrtspflege in Moscheegemeinden und islamischen Wohlfahrtseinrichtungen geleistet wird. Wir wollen, dass die Wohlfahrtspflege für Musliminnen und Muslime und von Musliminnen und Muslimen ein fester Bestandteil der Wohlfahrtspflege in Deutschland wird. Aber wir wollen keine islamische Wohlfahrtspflege, die sich in einer eigenen Welt abgrenzt. Das wollen auch die islamischen Organisationen nicht. Wir wollen eine interkulturelle Offenheit der Wohlfahrtspflege und fordern die gleiche Offenheit von den islamischen Verbänden. In der Praxis kommt es darauf an, Zusammenarbeit konkret zu machen. Ich bin gespannt auf das Projekt des Paritätischen, der in Köln und Wuppertal Moscheegemeinden bei der Errichtung von Wohlfahrtseinrichtungen und deren Überführung in das deutsche System helfen will.



V.

„Die Bundesregierung setzt dabei auf die integrative und innovative Kraft der Freien Wohlfahrtspflege.“

Vom Thema Flüchtlinge zu meinem zweiten Thema ist es nur ein kleiner Schritt. Viele Frauen, die nach Deutschland fliehen, haben in ihrer Heimat oder auf der Flucht Gewalt erlebt. Aus Frauenhäusern und Beratungsstellen erreichen uns Berichte, dass Frauen auch in den Flüchtlingsunterkünften Angst vor Gewalt haben und sexualisierte Gewalt erleben.

Nicht nur Frauen übrigens. Wir wissen vom Lesben- und Schwulenverband, dass sich allein in Berlin und allein in den letzten Monaten des vergangenen Jahres über 100 homosexuelle und transgeschlechtliche Flüchtlinge wegen Gewaltvorfällen an den Verband gewandt haben. Täter waren andere Flüchtlinge, aber auch Mitglieder des Sicherheitspersonals und Dolmetscher. Deshalb arbeiten wir mit den Wohlfahrtsverbänden beim Schutz in Flüchtlingsunterkünften zusammen. Unser Schutzkonzept hat drei Bausteine:

- ein Investitionsprogramm mit der KfW mit einem Gesamtvolumen günstiger Investitionskredite von bis zu 200 Millionen Euro
- eine Zusammenarbeit mit Unicef bei der psychosozialen Hilfe und Betreuung in mindestens 100 Einrichtungen
- und die Förderung von 30 Folteropferzentren, die Flüchtlingen helfen, die mit Vergewaltigungen oder Folter traumatische Erfahrungen gemacht haben.

Bisher sind nur fünf solcher Zentren vom Bund gefördert worden. Jetzt stellt die Bundesregierung zusätzliche 4 Millionen Euro zur Verfügung und die meisten Folteropferzentren werden von Wohlfahrtsverbänden getragen oder mitgetragen. Ich will es aber auch ganz deutlich ansprechen: Wir müssen nicht nur geflüchtete Frauen vor Gewalt schützen; wir müssen alle Frauen vor Gewalt schützen, und natürlich auch dann, wenn diese Gewalt von Männern aus anderen Ländern ausgeht. Gewalt gegen Frauen ist ein Verbrechen. Egal wer sie begeht, woher er kommt und wohin er will. Wir müssen jetzt drei Dinge tun. Wir müssen erstens Hilfsangebote für die Frauen bereithalten, die sexualisierte Gewalt erlebt haben.

Wir haben das bundesweite Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen. 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche erhalten gewaltbetroffene Frauen und ihr soziales Umfeld eine anonyme, vertrauliche qualifizierte Erstberatung. Die Beraterinnen des Hilfetelefons können in 15 Sprachen dolmetschen und Betroffene in das Hilfesystem vor Ort lotsen. Und über dieses lokale Hilfesystem müssen wir weiter reden. Die Frauenhäuser brauchen endlich eine dauerhafte Finanzierung. Das ist sicherlich ganz im Sinne der Wohlfahrtsverbände, die sich in diesem Bereich mit engagieren.

Wir müssen zweitens über die Täter reden und deren Bestrafung. Darüber, wie das Strafgesetzbuch sexuelle Übergriffe klarer und enger definieren und härter bestrafen kann. Der Bundesjustizminister hat dazu einen Entwurf vorgelegt.

Und drittens müssen wir über Gleichstellung in unserer Gesellschaft sprechen. Die Initiatorinnen der Aktion *#ausnahmslos* sagen zu Recht: Sexualisierte Gewalt von Männern ist nicht das Problem der Anderen. Wenn Gleichstellung – und dazu gehört auch sexuelle Selbstbestimmung – als Wert bei uns in Deutschland an vorderster Stelle steht, heißt das auch:

- Kein Gegrabsche in der U-Bahn, keine sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz oder auf dem Oktoberfest! Keine Schläge vom Ehemann!
- Gleiche Chancen im Beruf! Gleiche Löhne!
- Voller Respekt im öffentlichen Raum für Frauen und Männer!
Für Schwule und Lesben und Heterosexuelle!

Ich hoffe, dass diejenigen, die im Zusammenhang mit den Flüchtlingen die Gleichstellung „entdeckt“ haben, es auch wirklich ernst damit meinen!

Wenn Gleichstellung als Wert bei uns in Deutschland an vorderster Stelle steht, dann ist die Lücke bei den Bruttostundenlöhnen von 22 Prozent ein eklatanter Verstoß gegen diesen Grundsatz. Es wird höchste Zeit, dass Unternehmen und öffentliche Einrichtungen den Kulturwandel vollziehen, den das Gesetz zur Frauenquote so nachdrücklich unterstützt.



Die AWO hat sich schon vor Jahrzehnten für eine verbandsinterne 40 Prozent-Quote bei der Besetzung von Führungs- und Gremienpositionen ausgesprochen. Der AWO-Bundesvorstand ist heute zu über 40 Prozent weiblich. Der Deutsche Caritasverband will ausdrücklich mehr Frauen in Führungspositionen bringen. 20 Prozent Frauen in den obersten Führungsebenen bei 80 Prozent Frauen unter den Beschäftigten – das hält der Verband nicht mehr für richtig.

Ich begrüße es sehr, dass die Wohlfahrts- pflege an dieser Stelle innovativ ist: Denn beim Kulturwandel für Frauen in der Arbeitswelt, bei Rollenbildern, Karriere- chancen und Bezahlung spielt die Wohl- fahrtspflege mit ihrem hohen Anteil an Beschäftigten in sozialen Berufen eine zentrale Rolle.

VI.

Ich bin damit bei meinem dritten Innovationsthema: Teilhabe und Inklusion. Die Teilhabe von Frauen an Führungspositionen ist ein Innovationsthema für die gesamte Wirtschaft ebenso wie für die Zivilgesellschaft. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist ein Zukunftsthema für den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem und auch für die Zivilgesellschaft. Vieles in

„Ich würde mir wünschen, dass die Wohlfahrtspflege als Vertriebsstruktur für gute Ideen noch konsequenter und mutiger wird.“

diesem Bereich ist noch neu. Auch da ist viel Raum für Innovation! Zum Beispiel gefällt mir ein Projekt aus der Diakonie, das gezielt Menschen mit Behinderungen für freiwilliges Engagement gewinnt. Vom Zusammenbringen von Engagementwunsch und Engagementbedarf über die Begleitung durch hauptamtliche Kräfte bis hin zu Materialien in leichter Sprache. Oder nehmen Sie das Stichwort Seniorenpolitik: Die Teilhabe von älteren Menschen an der Gesellschaft hilft nicht nur gegen Vereinsamung, sondern reduziert nachweislich auch den Pflegebedarf und damit die mit Pflege verbunde-

nen Kosten. Auch der Gedanke der Prävention ist für die Wohlfahrtspflege natürlich nicht neu. Aber es ist schon noch innovativ, Hilfe, Betreuung und Engagement so präventiv und vorausschauend zu denken, wie es für die Arbeit mit älteren Menschen im demografischen Wandel sinnvoll ist.

VII.

Politik für ältere Menschen auf lokaler Ebene ist auch ein Beispiel dafür, dass es immer noch innovativ ist, Vernetzung wirklich ernst zu nehmen. Manchmal braucht Innovation nämlich gar nicht den originellen Gedanken, den noch nie jemand anders gehabt hat. Manchmal reicht es, sich mit anderen zusammensetzen, zu fragen: Was machst du?, zu erzählen, was man selbst macht, Erfahrungen auszutauschen und Angebote zusammenzutragen.

Ich komme aus dem Saarland, und das hat gewisse Vorteile. In einem kleinen Land ist es nicht so leicht, aneinander vorbei zu arbeiten, ohne in Berührung zu kommen. Ich komme aus einem Wahlkreis mit guter Gemeinwesenarbeit, in dem die Vernetzung zwischen den Wohlfahrtsverbänden und die Zusammenarbeit zwischen Wohlfahrtsverbänden und anderen Partnern gut klappt. Ich bin davon überzeugt: Das lohnt sich. Wohlfahrtspflege wird dadurch innovativer und wirksamer.

VIII.

Wir haben mit der Wohlfahrtspflege in Deutschland eine ausgezeichnete Struktur für Sozialpolitik und soziale Arbeit. Andere Länder beneiden uns darum, und wenn sie es nicht tun, dann liegt das wahrscheinlich daran, dass sie nicht genug davon wissen. Wir haben mit der Wohlfahrtspflege in Deutschland auch eine gute Struktur für Innovation und deren Verbreitung. Was die BAGFW auf Bundesebene zusammenführt und vertritt, verästelt sich auf lokaler Ebene bis in die Ortsvereine und die einzelnen Einrichtungen in den unterschiedlichen Bereichen des Sozialen. Frei, eigenständig, am konkreten Bedarf orientiert und gleichzeitig eingebunden in ein dichtes und leistungsfähiges Netzwerk.

Manchmal sagt man: *die großen Tanker*, und Sie wissen, warum: Solche vielfältigen Netzwerke sind schwer zu steuern. Aber sie sind eine ausgezeichnete Struktur zur Verbreitung guter Ideen. Ideen entstehen aus dem konkreten Bedarf auf lokaler Ebene oder aus der Fachdiskussion. Sie können in der Praxis überprüft werden, sich bewähren und im Erfahrungsaustausch verbessert werden. Und sie können skaliert, also vergrößert und dadurch verstärkt werden. Viele gute Ideen wirken dann am besten, wenn sie flächendeckend umgesetzt werden. Ich würde mir wünschen, dass die Wohlfahrtspflege als Vertriebsstruktur für gute Ideen noch konsequenter und mutiger wird. Sie sind auf gutem Weg dahin.

Wir im Bundesfamilienministerium werden Sie auf diesem Weg weiter begleiten. Wir stehen an Ihrer Seite und wir sind auch gern behilflich, wenn es darum geht, die Leistungen und die Bedeutung der Wohlfahrtspflege bekannter zu machen: im Land und darüber hinaus.

Ich freue mich darauf, gleich mit Ihnen dazu weiter ins Gespräch zu kommen. Jedenfalls wünsche ich der BAGFW und allen Mitgliedsverbänden ein gutes Jahr 2016 mit guter Wirkung und vielen innovativen Ideen.



Podium:

Elke Ferner, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kerstin Griese, MdB
Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales

Holger Backhaus-Maul, Soziologe und Verwaltungswissenschaftler

Iris Röthig, Chefredakteurin des Fachmagazins Wohlfahrt intern

Wolfgang Stadler, BAGFW-Vizepräsident, AWO

Moderation:

Professorin Dr. Karin Böllert



Diskussion

Zusammengefasst von Sabina Bombien-Theilmann, stellv. Geschäftsführerin der BAGFW

Professorin Karin Böllert formuliert als das Ziel der Podiumsdiskussion, die gesellschaftliche Wahrnehmung der Freien Wohlfahrtspflege aus verschiedenen Blickwinkeln konkretisieren zu wollen.

Den Blick aus Sicht der Wissenschaft skizziert Holger Backhaus-Maul. Als bemerkenswert stellt er heraus, dass in den Vorträgen zuvor die Gewissheit formuliert worden sei, Freie Wohlfahrtspflege sei innovativ und nachhaltig. Diese aus der Tradition abgeleitete Gewissheit könne

indes auch hinterfragt werden. In der Öffentlichkeit werde die hohe sozialpolitische und wirtschaftliche Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege zu wenig wahrgenommen. Daraus formuliert er die Empfehlung an die Freie Wohlfahrtspflege, ihre gesellschaftspolitische Bedeutung deutlicher hervorzuheben und mehr aus sich zu machen!

Für Wolfgang Stadler ist es wichtig, dass sich die Freie Wohlfahrtspflege neu aufstellt und einen Weg in die Zukunft findet, da es nicht ausreichen könne, die Bedeutung ausschließlich aus der – gleichwohl sehr wichtigen – Tradition heraus herzuleiten. Eine Herausforderung und eine gewisse Gefährdung sehe er auch in der Größe der Freien Wohlfahrtspflege. Freie Wohlfahrtspflege müsse nicht in allen Arbeitsfeldern und -themen aktiv sein.

Für die Zukunft halte er es für bedeutsam, dass ordentliche Arbeitsbedingungen geschaffen und gewährleistet werden sowie dass die Mitarbeiter/innen in den Verbänden auch ordentlich bezahlt werden. Billiglösungen dürfe es nicht geben. Gegebenenfalls müsse auch an der einen oder anderen Stelle mal an Abbau gedacht werden, wenn nur so die Wertebindung und ordentliche Arbeitsbedingungen sichergestellt werden könnten.



„Freie Wohlfahrtspflege darf sich nicht über Preisdumping auf dem Rücken der Mitarbeiter profilieren. Arbeits- und Rahmenbedingungen im Sinne eines allgemeinverbindlichen Tarifs sind für die Zukunftsfähigkeit bedeutsam.“

– Wolfgang Stadler

Kerstin Griese formuliert die Wertebindung der Freien Wohlfahrtspflege als ihr großes Plus und als ein Alleinstellungsmerkmal. Damit unterscheide sie sich von privat gewerblichen Anbietern. Die Freie Wohlfahrtspflege habe aber auch eine ökonomische Seite und sei starkem wirtschaftlichen und wettbewerblichen Druck ausgesetzt. Ökonomisierung und Wettbewerb seien eine bewusste Entscheidung der Politik gewesen. So müssten das Bundesministerium für Finanzen und das Bundesministerium der Wirtschaft stärker eingebunden werden, da



Der Charme der Freien Wohlfahrtspflege für Menschen unter 50 ist eher diskret.

– Holger Backhaus-Maul

das BMFSFJ als Partner und Verbündeter der Freien Wohlfahrtspflege bereits gewonnen seien. Freie Wohlfahrtspflege müsse sich tatsächlich besser verkaufen, denn es sei z. B. kaum bekannt, dass sie ein größeres Umsatzvolumen habe als die Automobilindustrie. Als Herausforderung für die Freie Wohlfahrtspflege sieht sie

die durch die Flüchtlingskrise hervorgerufene neue soziale Bewegung und die Frage, wie es der Freien Wohlfahrtspflege nun gelinge, diese neue Bewegung in ihre eigene Arbeit zu integrieren. Die Hilfs- und Unterstützungsbereitschaft der Bevölkerung und der Gesellschaft sei großartig. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege müssten dieses Engagement nun auch in ihre eigenen etablierten Strukturen einbinden und neue Formen der Hilfe und Integration der ehrenamtlichen Hilfe finden.

Staatssekretärin Elke Ferner sieht keinen Widerspruch darin, einerseits auf dem Markt unter ökonomischen Bedingungen tätig zu sein und andererseits wertorientiert und mit einem Anspruch eines Mehrwertes zu arbeiten. Das ökonomische Argument sei kein Ziel, sondern ein Hilfsargument. Der Mehrwert werde erbracht im Sinne von mehr Lebensqualität, Teilhabe oder von mehr Prävention. Dies müsse auch in die Debatte um die Finanzierung eingebracht werden, denn in öffentlichen Haushalten werde immer nur nach dem Jährlichkeitsprinzip gedacht und dabei verkannt, dass beispielsweise bei der Investition in eine Sturzprophylaxe mittelfristig Gelder für die Hilfe zur Pflege gespart würden. Bei den vorrangig ökonomisch denkenden Kämmerern sollte diese Argumentation verstärkt vorgebracht werden.

Für Iris Röthig stellt sich weniger die Frage, ob Freie Wohlfahrtspflege sich in der Öffentlichkeit aktiver und besser darstellen solle, sondern eher, ob Freie Wohlfahrtspflege tatsächlich innovativ sei. Ein Indikator für Innovation sei schwer zu identifizieren – im Gegensatz zur Wirtschaft, bei der die Zahl der Patente Maßstab sei. Für die Freie Wohlfahrtspflege sehe sie keinen echten Indikator. So weise die Zahl der Projekte für sich nicht darauf hin, ob diese qualitativ hochwertig seien und entsprechende Wirkung erzielen. Wirkung sei ein zentraler Faktor, um die Innovationsfähigkeit nach außen transparent zu machen.

„Der Mehrwert der Freien Wohlfahrtspflege ist Lebensqualität, Teilhabe und mehr Prävention.“

– Elke Ferner



Wolfgang Stadler weist darauf hin, dass die Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege nur teilweise in Zahlen sichtbar gemacht würden, sondern eher über die Qualität. Dies zeige sich z. B. am Ausbau der Kinder-

betreuung. Was früher reine Betreuung gewesen sei, sei heute eine Bildungseinrichtung mit Sprachförderung, interkultureller Öffnung sowie Inklusion. Dazu seien Leitbilder und Ziele der Freien Wohlfahrtspflege eingebracht und umgesetzt worden. An solchen Beispielen könnten Entwicklungen und Wirkungen deutlich gemacht werden. Dem pflichtet Elke Ferner bei: Der Ausbau der Kindertagesstätten und die frühe Bildung seien innovativ und nachhaltig gewesen. Dies ziehe sich durch das ganze Leben der Kinder. Neue Herausforderungen ergäben sich im Bereich der Seniorenpolitik. Die Beteiligten müssten auch über Schatten springen zu Gunsten der gemeinsamen Ziele einer besseren Lebensqualität für die Menschen, Gestaltung eines



„Die Freie Wohlfahrtspflege muss sich tatsächlich besser verkaufen.“

– Kerstin Griese

besseren Umfeldes, sowie einer Sozialraumplanung in den Kommunen und weiteren Angeboten. Holger Backhaus-Maul bestätigt, dass die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege die Öffnung nach außen, nicht nur die Öffnung innerhalb der eigenen Strukturen, gut gemeistert hätten. Als dauerhafte Institution überstünde die Freie Wohlfahrtspflege auch Regierungswechsel, müsste aber über die Zukunftsfähigkeit der Milieus nachdenken. Strukturell müssten sich die Verbände fragen, ob kleine Organisationsreformen hin zu einem moderneren System nicht hilfreich seien. Die bisherige sehr föderale Struktur führe oft zu zeit-

verzögerten Entscheidungen. Einige neuere Entwicklungen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements und der Engagementförderung (z. B. Freiwilligenagenturen, Engagementpolitik, social entrepreneurs) seien an der Freien Wohlfahrtspflege vorbeigegangen. Der Charme der Freien Wohlfahrtspflege sei für jüngere Menschen eher *manchmal etwas diskret*. Freie Wohlfahrtspflege gelte mitunter als alt und traditionell, tradiert und angestaubt und nicht in allen sozialen Milieus tätig.

Für Kerstin Griese sei es ein bedeutender Impuls gewesen, dass z. B. beim Ausbau der Kinderbetreuung die Freie Wohlfahrtspflege eine gewisse Bevorzugung erfahren habe. Bei der Altenhilfe sei dies nicht gelungen. Als neue Herausforderung greift sie die Flüchtlingsbetreuung heraus. Viele Kommunen entschieden lediglich über den Preis und wählten bei verschiedenen Anbietern und Trägern oft auch private Anbieter aus. Insoweit sei es bedeutsam, den Mehrwert der Freien Wohlfahrtspflege auch in diesem Bereich besser in die Öffentlichkeit zu tragen. Außerdem seien für die Existenz der Freien Wohlfahrtspflege ein Branchentarifvertrag und ein Sozialtarif besonders wichtig. Der Kostendruck sei bei personalintensiven Einrichtungen und Diensten besonders groß. Als weitere existenzielle Herausforderung formuliert sie, den arbeitsrechtlichen Sektor der sozialen Arbeit zu stabilisieren. Bei Zersplitterung der Tarife würden die einzelnen Anbieter gegeneinander ausgespielt. Transparenz und gutes Controlling seien hier besonders wichtig, denn Skandale beträfen alle und kratzten am Image und der Wertegebundenheit der Freien Wohlfahrtspflege.

Iris Röthig bezweifelt, dass für die Nutzer/innen und die Steuerzahler der Mehrwert der Freien Wohlfahrtspflege Motivation sei, gerade ihre Dienste in Anspruch zu nehmen. Vielmehr entschieden sie ganz konkret danach, ob die Arbeit für sie wirksam und qualitativ hochwertig erbracht werde. Freie Wohlfahrtspflege sollte sich darauf konzentrieren, ob für die Nutzer/innen und Klient/innen wirksame und hochwertige Arbeit erbracht werden kann. Dieses solle auch in der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden.

Kerstin Griese widerspricht dieser These: Gute Arbeit sei Mindeststandard und würde von jedem Anbieter erwartet. Der Mehrwert der Freien Wohlfahrtspflege bestünde in anderen Aspekten, zum Beispiel dem Wahlrecht und der Wertevielfalt im Sinne von Lebensqualität.

Holger Backhaus-Maul bestätigt, eine gut gemanagte Freie Wohlfahrtspflege sei eher in der Lage volkswirtschaftliche Ressourcen zu mobilisieren. Auch für Wolfgang Stadler beinhaltet der Mehrwertbegriff die Perspektive der Adressat/innen und der Mitarbeiter/innen. Ein einheitlicher Tarif z. B. in der Pflege würde das Profil der Freien Wohlfahrtspflege

scharfen. Freie Wohlfahrtspflege dürfe sich nicht über Preisdumping auf dem Rücken der Mitarbeiter/innen profilieren. Insofern seien die Arbeits- und Rahmenbedingungen im Sinne eines allgemeinverbindlichen Tarifs wichtig. Ein Anliegen sei ihm auch eine angemessene Vertretung von Frauen in den Verbänden und in den Führungsgremien und eine verbesserte Interkulturalität nicht nur in den Einrichtungen und Diensten, sondern auch in den Vorständen der Verbände. Er nehme aber auch eine Unzulänglichkeit in der anwaltschaftlichen Vertretung wahr. In einigen Feldern nähmen die Verbände zu viel Rücksicht auf die Einrichtungs- und



„Ich sehe keinen Indikator für Innovation. Wirkung ist ein zentraler Faktor, um die Innovationsfähigkeit nach außen transparent zu machen.“

– Iris Röthig

Trägerinteressen. Bei der Ansprache auch anderer Milieus sehe er weiteren Handlungsbedarf und ebenso Veränderungsbedarf und -potential innerhalb der Strukturen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege. Abschließend fasst Professorin Karin Böllert zusammen, dass die Freie Wohlfahrtspflege über traditionelle und tradierte Strukturen ohne Rückwärtsgerichtetheit verfüge. Wertebindung und Tradition bildeten ein Fundament, um sich zu modernisieren. Dieses brauche sie aber auch, um innovativ und flexibel als Arbeitgeber einerseits und für Hilfesuchende andererseits zu bleiben und attraktiver zu werden.



Referent/innen:

Anke Kayser, Sozialreferat der Stadt München
 • Erfahrungen aus der Praxis – Projekt *Interkulturelle Öffnung der stationären Langzeitpflege in München*

Dr. Hubertus Schröer, Institut Interkulturelle Qualitätsentwicklung München
 • Wie steht es um die Interkulturelle Öffnung in der Freien Wohlfahrtspflege?

Erika Theißen, Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e. V.
 • Kommentierung aus muslimischer Perspektive – wie interkulturell geöffnet ist die Freie Wohlfahrtspflege?

Hermann Zaum, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in NRW
 • Kommentierung aus Verbändesicht – wie ist die Selbstwahrnehmung der Freien Wohlfahrtspflege?

Moderation:

Heinz Knoche, stellv. Bereichsleiter Jugend und Wohlfahrtspflege, Teamleiter Migration – Interkulturelle Öffnung - Inklusion, Deutsches Rotes Kreuz



Workshop Interkulturelle Öffnung

Zusammengefasst von Bettina Wegner, Leiterin der ESF-Regiestelle *rückenwind* bei der BAGFW

Die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege versteht sich als für alle zugänglich. Die interkulturelle Öffnung der Angebote im Sinne einer verstärkten Adressatenorientierung ist dabei ein Ansatz, der an Relevanz gewinnt. Seien es die demografische Entwicklung, der sich verschärfende Fachkräftemangel oder die Aufnahme von über einer Million zu integrierender Flüchtlinge – die aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen werden sich kaum lösen lassen ohne konsequente und durchdachte Konzepte zur interkulturellen Öffnung in Verwaltungen, Betrieben, Einrichtungen und Diensten oder Verbänden. Diese Konzepte müssen Migranten/innen nicht nur als Kund/innen ernst nehmen, sondern als Bürger/innen einer sich weiter entwickelnden Einwanderungsgesellschaft.



„Wenn wir von der Öffnung für andere Kulturen sprechen, machen wir immer Schubladen auf.“

– Anke Kayser

Das der Freien Wohlfahrtspflege zugrunde liegende Prinzip *Wir sind für alle offen*, ist ein richtiges Ziel. Über den Grad der Zielerreichung urteilen aber ihre Adressat/innen. Der Workshop *Interkulturelle Öffnung* diskutierte anhand von vier Impulsvorträgen Voraussetzungen und Herausforderungen für interkulturelle Öffnung in unterschiedlichen sozialwirtschaftlichen Zusammenhängen. Anke Kayser stellte das 2014 gestartete Modellprojekt *Interkulturelle Öffnung in der stationären Langzeitpflege in München* vor. Grundlage hierfür war ein Stadtratsbeschluss von 2013. Gefördert werden Ansätze zur Umsetzung bedarfsgerechter Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund, Fortbildungen, Information und Beratung. Grundsatz ist die Beteiligung der Zielgruppen auf allen Ebenen.

Beispiel Projektbeirat: Neben Vertreter/innen der Wissenschaft und der Stadt München sind der Ausländerbeirat, der Seniorenbeirat sowie unterschiedliche Communityvertretungen anwesend. Beispiel Modelleinrichtungen: Bauliche Veränderungen finden in Kooperation mit der örtlichen Migrantenselbstorganisation statt, der Küchenchef einer stationären Einrichtung



„Wir, also die Mitarbeiterinnen, sind so, wie die Leute, die zu uns kommen. Deshalb fühlen sie sich bei uns wohl.“

– Erika Theißen

wird von Mitgliedern des Muslimrats dazu beraten, *halal* zu kochen. Wichtig sei, so Anke Kayser, dass die Projektleitungen über trans- bzw. interkulturelle Kompetenz verfügen. Außerdem über ein hohes Maß an *sozialer Mobilität*, der Erfahrung in der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen

Hierarchiegruppen verfügen, denn Interkulturelle Öffnung brauche zum einen ein klares Bekenntnis der Unternehmensleitung. Konkreter Wissenserwerb sei aber für alle Mitarbeitenden relevant. Fortbildungen sollten daher gegebenenfalls als Pflichtveranstaltungen gelten, in der Ausgestaltung jedoch die Zielgruppen berücksichtigen (Teilzeitbeschäftigung, angepasste Sprache oder arbeitsfeldspezifische Übungen). Mit Blick auf das Ziel einer *gleichberechtigten Kommunikation* problematisiert Anke Kayser vor allem, dass es kaum Fördertöpfe gebe, aus denen Dolmetscherleistungen finanziert werden könnten.

Eine Begegnung *auf gleicher Augenhöhe* hält Erika Theißen für das zentrale Element interkultureller Öffnung. So entdeckten zwar auch die konfessionell gebundenen Verbände muslimische Menschen zunehmend als Kund/innen. Eine Gleichberechtigung im Beschäftigtenverhältnis verhindere aber schon die Klausel der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK).

„Wir werden eine andere Gesellschaft – eine neue Gesellschaft. Interkulturelle Öffnung ist eine langfristige Herausforderung vom spontanen Willkommen zur nachhaltigen Anerkennungskultur.“

– Dr. Hubertus Schröer



Gleichsam mangle es auf der Angebotsebene oftmals an Wissen zu kulturellen Besonderheiten, beispielsweise wenn die muslimische Seniorin im Speisesaal mit einem biertrinkenden Mitbewohner am Tisch sitze, obwohl ihre Religion ihr dies verbiete. Sechs Punkte benannte Erika Theißen aus

muslimischer Sicht als grundlegend für interkulturelle Öffnung: Muslime als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft akzeptieren, muslimische Mitarbeitende gleichberechtigt einstellen, unkompliziert Gebetsmöglichkeiten schaffen, Wissen über Werte und religiöse Praxis haben, muslimische Feste berücksichtigen, Werte wertschätzen.

Dr. Hubertus Schröer plädiert dafür, interkulturelle Öffnung als Prozess der Personal- und Organisationsentwicklung zu verstehen. In allen sechs Spitzenverbänden gebe es hierzu eine Vielzahl an Aktivitäten – aber auch große Unterschiede zwischen einzelnen Einrichtungen und Untergliederungen sowie innerhalb der Arbeitsfelder. Dr. Hubertus Schröer sieht diese vor allem in der föderalen Struktur der Verbände begründet. Zu oft werde das Thema an die verbandseigenen Migrationsdienste oder vermeintlich besonders betroffene Arbeitsfelder abgegeben. Wünschenswert sei es deshalb, interkulturelle Öffnung stärker als gesamtverbandlichen Prozess zu begreifen und eine höhere Verbindlichkeit über die Bundesverbände zu erwirken. In diesem Sinne müsse auch über eine Quote bei der Besetzung von Positionen in Leitungsgremien der Verbände diskutiert werden. In Bezug auf die gleichberechtigte Teilhabe von Migrant/innen auf Vorstandsebene sieht auch Hermann Zaum Entwicklungsbedarf. Eine Quotierung speziell für die Migrant/innen sieht er jedoch kritisch. So sei auch die Gruppe der Migrant/innen in sich nicht homogen. Der Paritätische NRW setze stattdessen bereits seit den 80er Jahren auf die direkte Mitgliedschaft von mittlerweile 90 Migrantenselbstorganisationen sowie auf konkrete (Fach-) Kooperationen. Darüber hinaus beziehe der Landesverband klar Stellung zum Thema, gegenüber der Öffentlichkeit, beispielsweise als Partner der Initiative *Vielfalt verbindet* des Landes NRW, und gegenüber seinen Mitgliedsorganisationen mit zahlreichen Arbeitsgruppen, Leitfäden und Beratungsangeboten.



„Es geht um Haltung. Das geht nicht über eine Fortbildung, das ist ein Prozess.“

– Herrmann Zaum

Zusammenfassend waren sich alle Diskutant/innen darüber einig, dass interkulturelle Öffnung als Prozess zu begreifen sei, der nur *top-down* funktionieren kann und einen klaren politischen Willen und einen konkreten Auftrag innerhalb einer Organisation braucht. Um eine Öffnung bestehender Organisationskultur und -struktur zu bewirken, müsse dieser Prozess verbandsübergreifend in allen Arbeits- und Funktionsbereichen umgesetzt werden und notwendige Finanzmittel hierfür zur Verfügung stehen. Eine *Pauschallösung* gebe es nicht. Zentral sei vielmehr eine Haltung, die die gleichberechtigte Teilhabe sowohl aller Mitarbeitenden als auch aller Kundinnen und Kunden auf allen Ebenen in den Vordergrund rücke. Dies bedinge eine Kommunikation *auf Augenhöhe* und das Wissen über unterschiedliche kulturelle Zusammenhänge, religiöse Praktiken und Prinzipien ebenso wie bestehende eigene wertebundene Regelwerke immer wieder neu zu diskutieren (Bsp. ACK-Regelungen). Interkulturelle Öffnung nach diesem Verständnis bedeute *Inklusion* – von Anfang an.



Referenten:

- Dr. Klaus Bartl**, Mission Leben gGmbH
 - Selbstwahrnehmung aus der Praxis – Erfahrungen aus der Innovationsförderung
- Prof. Dr. Rolf G. Heinze**, Ruhr-Universität Bochum
 - Eine kritische Bestandsaufnahme – wo steht die Freie Wohlfahrtspflege und welche Chancen wie auch Herausforderungen bieten Innovationen, mit besonderem Bezug zur Skalierung
- Tilo Liewald**, Vorsitzender des EU-Ausschusses der BAGFW, Der Paritätische Gesamtverband
 - Selbstverständnis mit europäischer Perspektive – Innovation und Skalierung in der Freien Wohlfahrtspflege

Moderation:

- Dr. Gerhard Timm**, Geschäftsführer der BAGFW
- Peter Friedrich**, Referent für Grundsatzfragen der BAGFW

Workshop Innovation

Zusammengefasst von Peter Friedrich, Referent für Grundsatzfragen der BAGFW

Die Freie Wohlfahrtspflege ist seit jeher tagtäglich innovativ – wenn auch im Kleinen und nicht *so laut* wie andere. Sie entwickelt neue Ansätze auch in Bereichen, die wirtschaftlich kaum interessant erscheinen – so das Selbstverständnis der Freien Wohlfahrtspflege. Aber welche gesellschaftliche Rolle nimmt die Freie Wohlfahrtspflege bei dem Thema Innovation ein? Was sind gelingende Rahmenbedingungen für Innovationen und ihre Skalierung? Worin bestehen die Herausforderungen und die Potentiale? Diese Fragen wurden in dem Workshop Innovation mit internen und externen Experten der Freien Wohlfahrtspflege diskutiert. In der Diskussion wird schnell deutlich, dass über die lange Innovationstradition in der Freien Wohlfahrtspflege Konsens besteht. Dr. Klaus Bartl verweist auf die Tradition des christlichen Unternehmertums, das ein Grundstein für das heutige Sozialsystem darstellt. Gleichzeitig verdeutlicht Prof. Rolf G. Heinze, dass die öffentliche Debatte über Verbände einer Veränderungsdynamik unterliegt, die auch bewährte und etablierte Strukturen betrifft. Hierbei handelt es sich um nicht geringere Herausforderungen, wie die Individualisierung in der Gesellschaft, die Erosion des klassischen Ehrenamtes, die Digitalisierung der Gesellschaft und nicht zuletzt um die Verbetriebswirtschaftlichung der Sozialen Arbeit. Diese Themen provozieren die Frage „Sind wir immer noch gut aufgestellt oder wo kann ich mich verbessern?“ so Prof. Heinze. Insofern erscheint das Thema soziale Innovation aktueller denn je. In der Diskussion wird betont, dass neben den genannten Herausforderungen weitere Faktoren das Thema Innovation prägen. Auf EU-Ebene wird das Thema bereits seit vielen Jahren propagiert. Wobei auf europäischer Ebene viele Programme aufgelegt wurden, die alle in unterschiedliche Richtungen weisen und insofern keine europäische Strategie erkennbar ist. Darüber hinaus wird noch einmal deutlich, dass die Freie Wohlfahrtspflege im europäischen Vergleich einen Sonderfall darstellt. Gleichwohl betont Tilo Liewald, dass die europäische Diskussion die nationale Debatte verstärkt, wenn nicht sogar initiiert hat. Die Referenten stimmten überein, dass der Hype um Social Entrepreneurs für die Innovationsdebatte sinnvolle Anregungen geboten hat, aber in der bestehenden Form in Deutschland nur bedingt anschlussfähig ist – zumindest, wenn es um eine systemrelevante Veränderung geht.

„Weiter so stößt an Grenzen.“

– Prof. Dr. Rolf G. Heinze



So bleibt Innovation nicht auf die Entwicklung neuer Ideen beschränkt, sondern diese sollen auch in der Fläche umgesetzt werden. Oder wie es Dr. Bartl zugespitzt formuliert: „keine Weltneuheiten [...] und nicht die hipste Innovation, am besten schon gar eine Erfindung“. Weiter verweist Professor Heinze auf die Gefahr, die mit Social Entrepreneurs einhergeht. So kann eine nicht normativ missverstandene ökonomische Perspektive anregend sein. Eine Verengung auf sie kann jedoch zu Qualitätsverlusten und einer Entprofessionalisierung führen. Insofern kann Social Entrepreneurship als qualitative Herausforderung für die Freie Wohlfahrtspflege Anregung bieten. Zugleich wird betont, es stellt keine Alternative zur Freien Wohlfahrtspflege dar.



„Wir, die Freie Wohlfahrtspflege, haben eine eigene innere Tradition, die nicht automatisch nur in das Subsidiaritätssystem führt.“

– Dr. Klaus Bartl

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass der Begriff der Innovation höchst inflationär genutzt wird. Oder wie es Tilo Liewald formuliert: Innovation ist inzwischen ein *ritualisierter Standard*. So muss heute jeder Projektantrag innovativ sein und am besten die innovativen Ergebnisse bereits benennen können. Damit wird der Begriff relativiert und teilweise ad absurdum geführt. Tilo Liewald betont hierbei noch einmal: „innovative Projekte dürfen scheitern“, was häufig nur schwer mit Richtlinien und Förderprojekten vereinbar ist. Die beantragten Förderprojekte wiederum sind häufig einjährig. So dass eine wirkliche Innovationsentwicklung und deren

Umsetzung nicht erfolgen kann. Die Referenten stimmten jedoch überein, dass Innovationen einer Investition – verbändeintern oder durch externe Ressourcen – bedürfen und in diesem Bereich durchaus noch Entwicklungspotential besteht.

Dr. Gerhard Timm verdeutlicht in der Diskussion noch einmal, dass für eine Weiterentwicklung des Themas eine sachliche Ausdifferenzierung unabdingbar ist. So sollte nach der Reichweite der Innovation und der Betrachterperspektive unterschieden werden, denn Innovationen von Trägern sind nur bedingt mit verbandlichen Innovationen vergleichbar.

Tilo Liewald betont noch einmal den begrenzten Rahmen in der Sozialen Arbeit für Innovationen. So handelt es sich bei ca. 80% der Sozialen Arbeit um Standards, die seitens der Klient/innen sowie der Kostenträger in einer bestimmten Qualität erwartet werden. Insofern handelt es sich um einen verhältnismäßig kleinen Bereich, in dem Innovationen erprobt und umgesetzt werden können.

Daran anschließend beschreibt Prof. Heinze eine Doppelfunktion, die aus seiner Sicht der Freien Wohlfahrtspflege bei sozialen Innovationen zukommt: „Zum einen stehen sie (die

Wohlfahrtsverbände) immer noch sehr gut da. Sie können also noch neue Ideen aufgreifen, weil sie stark sind, in der Öffentlichkeit anerkannt sind, von den Politikern ernst genommen werden.“ Daraus ergibt sich das Potential Innovationen aufzunehmen und in die Fläche zu bringen, gegebenenfalls in Regelfinanzierungen zu integrieren. Die Freie Wohlfahrtspflege



„Wir versuchen innovativ zu experimentieren. Und wir experimentieren auf Feldern, wo es um Menschen geht.“

– Thilo Liewald

ist einer der wenigen gesellschaftlichen Akteure, der strukturbedingt Skalierung realisieren kann. Und zum zweiten: „Sie (die Freie Wohlfahrtspflege) können aber auch als Intrapreneurs [...] stärker überlegen die Logik von Sozialinvestoren auszuwerten, was machen die eigentlich anders als wir?“ also intern projekto-

rientiert in einzelnen Bereichen Innovation gezielt fördern. Damit verbunden fordert er eine verstärkte Öffnung der Freien Wohlfahrtspflege gegenüber externen Akteuren. Hier sollten neue Verknüpfungen geschaffen sowie integrierte Perspektiven auch intersektoral ausgebaut werden, die gegebenenfalls auch zu hybriden Organisationsformen führen. An dieser Stelle setzt das Projekt LADU – Labor für diakonisches Unternehmen an, das sich als Inkubator für Innovationsansätze versteht. Dr. Bartl beschreibt das Projektziel als Begleitung und Förderung von innovativen Ideen, innerhalb der Sozialunternehmen und im Austausch mit externen Akteuren sowie die Gewinnung und Pflege von kreativem, motiviertem Personal. Tilo Liewald bekräftigt noch einmal diese Perspektive und beschreibt die Ehrenamtlichen in den Verbänden als *Scharnier* in andere Gesellschaftsbereiche, die mit ihren Perspektiven vielfältige Innovationspotentiale mitbringen.

Insofern sollte die Öffnung der Freien Wohlfahrtspflege – gegenüber Social Entrepreneurs, der Wissenschaft wie auch anderen Akteuren weiterentwickelt werden. Gleichwohl wird in der Diskussion deutlich, dass auch die wechselseitige Wahrnehmung zwischen den genannten Akteuren auszubauen ist, um ein klassisches Silo-Denken aufzulösen und soziale Innovationen – externer wie auch interner Art – verstärkt zu skalieren und damit einen qualitativen Beitrag zur Weiterentwicklung der Sozialen Arbeit sowie dafür förderlichen Prozessen zu leisten.



Referent/innen:

Brigitte Döcker, Mitglied der Mitgliederversammlung der BAGFW, Vorstandsmitglied Arbeiterwohlfahrt Bundesverband

- Präsentation der aktuellen Position der Freien Wohlfahrtspflege anhand der Standortbestimmung der BAGFW

Wolfgang Meyer, Vorstandssprecher Sozialwerk St. Georg

- Kommentierung aus der Praxis: "Was passiert bereits, wo bestehen in der Praxis Herausforderungen?"

Dr. Philipp Hoelscher, Leitung Analyse und Forschung, Phineo gAG

- "Welches Verständnis von Wirkungsorientierung benötigt die Freie Wohlfahrtspflege?"

Dr. Volker Then, Geschäftsführender Direktor des CSI

- "Welche Instrumente haben wir zur Verfügung? Was ist möglich?"

Moderation:

Maria Loheide, Mitglied der Mitgliederversammlung der BAGFW, Vorstand Sozialpolitik Diakonie Deutschland



Workshop Wirkung

Zusammengefasst von Tobias Rohleder, Diakonie Deutschland

Wenn es um Wirkung geht, dann treffen unterschiedliche Perspektiven, Betonungen und Ausrichtungen aufeinander. Die Messung von Wirkung steht oft im Zentrum der Diskussion. Ist Wirkung quantifizierbar? Wie sinnvoll ist eine qualitative Beschreibung? Können Ist- und Sollgrößen definiert werden? Die Beschäftigung mit Wirkung ist eine Herausforderung für die Freie Wohlfahrtspflege. Was bedeutet Wirkungsmessung für eine Einrichtung? Was sind Instrumente? Und nicht zuletzt: Was bedeutet es für die Menschen, für ihre Lebensqualität, ihre soziale Inklusion und für ihre Teilhabechancen? Die Teilnehmenden des Workshops haben

verschiedene Hintergründe und somit verschiedene Zugänge zum Thema Wirkung. Sie kommen aus Arbeitsfeldern wie Behindertenhilfe oder Pflege, aus dem Fundraising und der Kostenträgervertretung oder aus der Fachwissenschaft. So treffen im Workshop kontroverse Vorstellungen und Umsetzungsideen aufeinander.

Den ersten Impuls gibt Brigitte Döcker: Die Leitbilder aller Verbände der Freien Wohlfahrtspflege zielen auf Wirkung ab, sie alle eint die Selbstverpflichtung zur Qualität. Nicht erst seit der Einführung von Qualitätsmanagement ist Wirkungsorientierung ein Kernelement in ihrem Selbstverständnis. Die Erweiterung um den Ressourceneinsatz bezeichnet

sie als eine konsequente Weiterentwicklung zur Wirkungsorientierung.

Im zweiten Impuls unterstreicht Dr. Philipp Hoelscher zentrale Punkte aus dem BAGFW Positionspapier: Er unterstützt die Überzeugung, dass Wirkung Qualitäts- statt Legitimationsthema ist. Außerdem befürwortet er, die Begriffsschwere von Wirkung zu reduzieren, indem Werte und Werthaltung differenziert werden und der Begriff von Messung weit gefasst wird, da eine Messung sonst eine Exaktheit suggeriert, die kaum gewährleistet werden kann.



„Die Kette vom Qualitätsmanagement über Ergebnisqualität zur Wirkung muss man immer gemeinsam sehen.“

– Brigitte Döcker

Dr. Philipp Hoelscher lobt das gelungene Einpendeln zwischen den Extremen *alles messen* zu wollen und *alles zu verteufln*. Er nennt die Aussage *Wirkungsorientierung ist Kernelement der Freien Wohlfahrtspflege* selbstbewusst und zukunftsorientiert, lobt die souveräne Einstellung und den offenen Umgang mit Wirkungsorientierung aber merkt auch an, dass es eine



„Wenn wir von Wirkung sprechen muss man immer über das Erfahren einzelner Klienten hinaus blicken und dann differenziert betrachten, was das für die Gesellschaft bedeutet.“

– Dr. Volker Then

Überzeugungsaufgabe ist, diese Aussage mit Leben zu füllen. Eine solche Einheit, von der das gemeinsame Papier zeugt, hätte er nicht erwartet und ist gespannt auf die Umsetzung. Dr. Volker Then richtet den Fokus seines Impulses auf Instrumente zur Wirkungsmessung. Da es mehr als 100 Instrumente gibt und fast jede

Organisation eigene Instrumente entwickelt, werden für aussagekräftige Forschungsergebnisse die Instrumente in Instrumentengruppen geclustert: Eine Gruppe von Instrumenten misst Organisationsqualität, gestützt auf die Hypothese, dass gute Organisationen zu guten Ergebnissen führen. Eine zweite Gruppe misst die Legitimität von Organisationen. Die dritte Gruppe sind die Instrumente, die versuchen tatsächliche Ergebnisse zu messen. Eine positive Beobachtung von Dr. Then ist, dass die Effektivität stärker in den Mittelpunkt gerückt ist, als die Effizienz. Die Lebensqualität der Menschen ist der Untersuchungsgegenstand von zahlreichen Ansätzen. Kontrollgruppenlogik, Längsschnittbeobachtungen und Zufallsverteilung wären aus wissenschaftstheoretischer Sicht „Goldstandard“, Menschen systematisch Leistungen vorzuenthalten ist jedoch unethisch. Daher muss das Design von Untersuchungen an die Realität angepasst werden. Gemeinsamkeit von Siegeln mit denen beispielsweise Phineo arbeitet und von Modellen die Dr. Then beschreibt ist, dass sie die Realität vereinfachen. Das ist mit Risiken verbunden, aber im Sinne von Praktikabilität unumgänglich.

„Am Ende der Tage stellt sich die Frage: Kriegen wir es hin, den Wirkungszusammenhang zwischen dem eingesetzten Euro und dem Ergebnis im Sinne einer Wirkungsmessung auf individueller Wohlfahrtsbasis herzustellen.“

– Wolfgang Meyer



Den vierten Impuls beginnt Wolfgang Meyer mit einem kleinen Exkurs zur Wertschöpfung. Während staatliche Investitionen in Infrastruktur für Wertschöpfung bekannt sind, werden Investitionen in Soziales oft als Konsum missverstanden. Im öffentlichen Diskurs wird ausgeblendet, dass auch hier Wertschöpfung entsteht, so

zum Beispiel der sogenannte Social Return on Investment (SROI), der zwischen 60 und 80 Prozent der Anfangsinvestition beziffert werden kann. In St. Georg werden Klienten seit vier Jahren systematisch zu ihrer Lebensqualität befragt. Mit Hilfe der Steuerungsfrage „Was machen wir, um den Wert *Soziale Inklusion* anzuheben?“ soll die Produktionsfunktion, bestehend aus den Inputs Arbeit und Kapital gesteigert werden. Da die Werte nicht normiert sind, können keine Aussagen über die Qualität von Ergebnissen getroffen werden. Sehr wohl können aber Nachweise über Wirkungszusammenhänge erbracht werden: Gezeigt wurde, dass auf die Zufriedenheit von Klienten in St. Georg zu ca. 22 % durch die Assistenzkräfte kein Einfluss genommen werden kann, auf die restlichen knapp 80 % jedoch schon. Ein Messinstrument für wirkungsorientiertes Controlling könnten beispielsweise die „Personal Outcome Skills“ sein, insofern der Dienstleister darauf Einfluss hat. Soziale Inklusion wird in St. Georg ergründet beispielsweise durch Fragen nach der Zahl der Nachbarschaftskontakte und nach der Nutzung von Geschäften und Angeboten im Ort ergründet. Darauf kann vom Träger durchaus Einfluss genommen werden, auch bei Menschen in stationären Wohnformen.

Im offenen Austausch zu den Impulsen und rund um das Thema Wirkung werden einige Punkte immer wieder angesprochen:

Eindeutige Aussagen zur Wirkung sind in der Praxis oft schwer möglich, was an einem Beispiel aus der Wirkungsmessung im Quartier verdeutlicht wird: Quartierswohnprojekte führen in erster Linie zu einem gestärkten sozialen Netz und das führt wiederum zu gesteigerter Lebenszufriedenheit und Gesundheit und ermöglicht auch finanzielle Ersparnis. Eine Aussage, ob sich in einem Sozialraum die Lebensqualität verbessert hat, kann jedoch niemals auf die einzelne Maßnahme zurückgeführt werden.



„IT Systeme und reine Datenerfassung können nie eine praktikable Lösung sein [...] – Menschen in der Organisation werden nicht mitgenommen.“

– Dr. Philipp Hoelscher

Messbarkeit ist objektiv relativ gut möglich bei Strukturqualität, teilweise bei Prozessqualität, und bei Ergebnisqualität oft kaum. Prof. Rolf Rosenbrock mahnt, nicht monetarisierbare Wirkung Sozialer Arbeit, wie zum Beispiel Teilhabe, droht aus dem Blick verloren zu werden, wenn Quantifizierung zu sehr im Fokus steht. Die Gefahr besteht, dass eine messbasierte Mittelverteilung zur Fehlleitung von Ressourcen hin zu den besser messbaren Arbeitsfeldern führt. Um dieser Fehlentwicklung vorzubeugen ist es wichtig, dass Wirkungsmessung bedarfsorientiert konzipiert ist und dass Expert/innen Struktur-, Prozess- und Ergebnisbewertung kritisch begleiten. Einig sind sich Dr. Then und Prof. Rosenbrock darin, dass wesentliche Teile der Sozialen Arbeit nicht quantifizierbar sind.

Dr. Then plädiert aber dafür, dort zu quantifizieren wo es möglich ist und durch deskriptive Methoden zu ergänzen. Gerade die noch nicht monetarisierten Wirkungskomponenten sind in der aktuellen Diskussion unterrepräsentiert. Den Teilnehmenden ist wichtig, dass Expertise von Fachkräften miteinbezogen, gleichzeitig aber verhindert wird, dass beispielsweise pflegerische Arbeit durch das zeitraubende Ausfüllen von Fragebogen leidet.

Große Einigkeit gibt es bei den Teilnehmenden des Workshops im Plädoyer für eine Multistakeholderperspektive. Schon allein wegen des Dreiecksverhältnisses von Kostenträger, Leistungserbringer und Klienten mit ihren jeweiligen subjektiven Einschätzungen ist diese unvermeidbar. Nutzerperspektive sowie die Einschätzung von Fachkräften und auch der Fachwissenschaft ergeben erst gemeinsam ein aussagekräftiges Bild. Wirkung sei, so Dr. Philipp Hoelscher, immer abhängig von der Bewertung des Betrachters.

Im Workshop wurde klar, dass Wirkungsorientierung mit all ihren verschiedenen Ansätzen und Instrumenten von einer kritischen und reflektierten Begleitung durch alle relevanten Stakeholder profitiert. Diesen zu gestalten und „das Thema mit einem angemessenen Diskurs in die Zukunft zu tragen“ (Dr. Hoelscher) sei Aufgabe für alle Beteiligten.



Referent/innen:

Prof. Dr. Georg Cremer

Mitglied der Mitgliederversammlung der BAGFW, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes

- Vorstellung des Deutschen Sozialsystems

Maureen O'Neill, Director Faith in Older People, Großbritannien

- Vorstellung des britischen Sozialsystems

Ariane Rodert, Vice-President Group III of the European Economic and Social Committee, representative of "Famna", Schweden

- Vorstellung des schwedischen Sozialsystems

Moderation:

Prof. Dr. Bernd Schlüter, Mitglied für die BAGFW im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)

Workshop Europa

Zusammengefasst von Malte Lindenthal, Leiter des Brüsseler Büros der BAGFW

Im Workshop zu dem Thema *Europa* werden die Wohlfahrtsysteme von Deutschland, Großbritannien und Schweden vorgestellt und mit einander verglichen. In der anschließenden Diskussion werden erörtert, welche Rolle der Europäischen Union bei der Erbringung von Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen zukommt und was gemeinsame politische Forderungen an die EU-Institutionen sein könnten.

Maureen O'Neill geht in ihrem Vortrag auf die verschiedenen Regelungen in Großbritannien ein, die unter anderem zwischen Schottland und England variieren und je nach Hilfeleistung unterschiedlich ausgestaltet sind. Im Grundsatz lässt sich jedoch feststellen, dass die Erbringung von Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen in öffentlicher Verantwortung geschieht und der Staat für einen rechtlichen Rahmen sowie die Versorgung der Bevölkerung im Rahmen der Daseinsvorsorge zuständig ist. Die Nutzer/innen haben eine Wahlfreiheit zwischen öffentlichen, nicht-gewinnorientierten und privatwirtschaftlichen Anbietern. Allerdings ist die Wahlfreiheit dadurch eingeschränkt, dass bei vielen Hilfeleistungen eine Eigenbeteiligung der Betroffenen verlangt wird. Als Beispiel nennt Maureen O'Neill unter anderem den Bereich der Altenpflege. Die wöchentlichen Kosten für einen Pflegeplatz in Großbritannien lägen durchschnittlich bei ca. 1.800 Pfund, von denen allerdings die Kommune nur 574 Pfund übernehmen würde. Für die restlichen Kosten müssten die Nutzer/innen selbst aufkommen, bis das gesamte persönliche Vermögen weniger als 16.000 Pfund beträgt, inklusive evtl. Immobilienwerten und Rentenzusatzversicherungen.

Ariane Rodert stellte in ihrem Vortrag das schwedische System vor. Besonders interessant war dabei, dass das sehr stark staatlich geprägte schwedische Modell sich derzeit im Wandel befindet. Oftmals erbringen nun nicht mehr kommunale sondern nicht-gewinnorientierte Träger Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen. Nach einer Prüfung der rechtlichen Auflagen lässt die Kommune die entsprechenden Marktanbieter, unabhängig davon ob sie gewinnorien-



„Eine Harmonisierung der nationalen Sozialsysteme würde die Europäische Union überfordern.“

– Prof. Dr. Georg Cremer



„Die Mitgliedsstaaten, allen voran Großbritannien, haben bislang alle Vorschläge für ein mehr an sozialem Europa blockiert.“

– Maureen O'Neil

der Sektor der nicht-gewinnorientierten Leistungserbringer in den beiden Staaten verglichen mit Deutschland entsprechend kleiner sei. In Großbritannien sei außerdem der Anteil der staatlichen Finanzierung im Vergleich zu Schweden und Deutschland am geringsten, so dass die Nutzer/innen viele Leistungen selbst finanzieren müssten. Vergabeverfahren kämen in Deutschland lediglich in wenigen Bereichen, wie zum Beispiel bei Eingliederungsleistungen für Langzeitarbeitslose, zur Anwendung.

In der anschließenden Diskussion bezüglich der Umsetzung der EU-Vergaberechtsrichtlinien zeigt sich, dass Vergabeverfahren in Schweden und Großbritannien geläufiger sind. In Schweden werden die neuen EU-Vergaberichtlinien für eine Reform des nationalen Vergaberechts genutzt, um zum Beispiel soziale und ökologische Kriterien bei Vergabeverfahren stärker zu berücksichtigen. Neben der Umsetzung der EU-Vergaberechtsrichtlinien wird auch diskutiert, inwiefern die Weiterentwicklung eines sozialen Europas sinnvoll sein könnte.



„Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt und wird in Zukunft nur erfolgreich sein, wenn sie es schafft, den sozialen Zusammenhalt in Europa zu sichern.“

– Ariane Rodert

Prof. Cremer geht in seinem Vortrag auf das deutsche Sozialrechtliche Dreiecksverhältnis ein, das er als einzigartig bezeichnet, da dieses *offen* gestaltet sei und freie Träger selbstständig tätig werden könnten, wenn sie die entsprechenden staatlichen Mindestanforderungen erfüllen. Die Systeme von Großbritannien und Schweden seien diesbezüglich stärker staatlich gesteuert, was auch dazu geführt habe, dass

sprechen sich für eine stärkere Rolle der EU in der Sozialpolitik aus, betonen aber, dass diese bislang an den EU-Mitgliedstaaten gescheitert sei. Es wurde geschlussfolgert, dass zumindest europäische Grundsätze für die Erbringung von Sozialdienstleistungen, zum Beispiel bezüglich eines Rechtsanspruches der Nutzer/innen auf den Zugang zu qualitativ hochwertigen und öffentlich finanzierten Leistungen in allen EU-Mitgliedstaaten, sinnvoll wären.



tiert oder nicht-gewinnorientiert sind, zu. Die Nutzer/innen können schließlich zwischen den zugelassenen Anbietern auswählen und haben dadurch eine Wahlfreiheit, die aber, durch das Zulassungsverfahren und die je nach Leistungsart unterschiedliche Finanzierung, eingeschränkt ist.

Prof. Cremer macht deutlich, dass eine Harmonisierung der nationalen Sozialsysteme nicht zielführend sei, da europäische Sozialstandards unter den deutschen Standards liegen würden und niedrigschwellige europäische Mindeststandards zu einer Absenkung deutscher Standards führen könnten. Allerdings sei eine verstärkte Koordinierung der nationalen Sozialsysteme sinnvoll. Ariane Rodert und Maureen O'Neil

Prof. Cremer geht in seinem Vortrag auf das deutsche Sozialrechtliche Dreiecksverhältnis ein, das er als einzigartig bezeichnet, da dieses *offen* gestaltet sei und freie Träger selbstständig tätig werden könnten, wenn sie die entsprechenden staatlichen Mindestanforderungen erfüllen. Die Systeme von Großbritannien und Schweden seien diesbezüglich stärker staatlich gesteuert, was auch dazu geführt habe, dass

In der anschließenden Diskussion bezüglich der Umsetzung der EU-Vergaberechtsrichtlinien zeigt sich, dass Vergabeverfahren in Schweden und Großbritannien geläufiger sind. In Schweden werden die neuen EU-Vergaberichtlinien für eine Reform des nationalen Vergaberechts genutzt, um zum Beispiel soziale und ökologische Kriterien bei Vergabeverfahren stärker zu berücksichtigen. Neben der Umsetzung der EU-Vergaberechtsrichtlinien wird auch diskutiert, inwiefern die Weiterentwicklung eines sozialen Europas sinnvoll sein könnte.

Prof. Cremer macht deutlich, dass eine Harmonisierung der nationalen Sozialsysteme nicht zielführend sei, da europäische Sozialstandards unter den deutschen Standards liegen würden und niedrigschwellige europäische Mindeststandards zu einer Absenkung deutscher Standards führen könnten. Allerdings sei eine verstärkte Koordinierung der nationalen Sozialsysteme sinnvoll. Ariane Rodert und Maureen O'Neil

sprechen sich für eine stärkere Rolle der EU in der Sozialpolitik aus, betonen aber, dass diese bislang an den EU-Mitgliedstaaten gescheitert sei. Es wurde geschlussfolgert, dass zumindest europäische Grundsätze für die Erbringung von Sozialdienstleistungen, zum Beispiel bezüglich eines Rechtsanspruches der Nutzer/innen auf den Zugang zu qualitativ hochwertigen und öffentlich finanzierten Leistungen in allen EU-Mitgliedstaaten, sinnvoll wären.



Auf dem Podium die Moderator/innen der Workshops:

Heinz Knoche
Deutsches Rotes Kreuz

Maria Loheide
Diakonie Deutschland

Dr. Gerhard Timm
BAGFW

Prof. Dr. Bernd Schlüter
Mitglied des EWSA für die BAGFW

Moderation:
Professorin Dr. Karin Böllert

Diskussion

Zusammengefasst von Sabina Bombien-Theilmann, stellv. Geschäftsführerin der BAGFW

Heinz Knoche informiert über die zentralen Aussagen aus dem Workshop Interkulturelle Öffnung. Die Teilnehmer/innen diskutierten anhand von praktischen Ansätzen und Beispielen. Ziel sei es, für alle offen zu sein, dabei sei die Freie Wohlfahrtspflege aber noch sehr unterschiedlich aufgestellt. Als wesentliche Erfolgsfaktoren für gelungene Prozesse der interkulturellen Öffnung sei neben anderen der klare politische Wille des Verbandes von der Leitung her, die Qualifizierung von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen und die Einsicht formuliert worden, dass der Mensch im Mittelpunkt stehe. Auch wenn die Freie Wohlfahrtspflege das Ziel der interkulturellen Öffnung auf allen Ebenen verfolge, sei es in naher Zukunft voraussichtlich wohl noch nicht überall umgesetzt, aber entwickle sich zunehmend in die richtige Richtung. Perspektivisch werde interkulturelle Öffnung in 20 Jahren als Normalität erlebt.

Im Workshop Innovation sei nach dem Bericht von Dr. Gerhard Timm herausgearbeitet worden, dass Freie Wohlfahrtspflege Motor sein müsse für soziale Innovation. Am Beispiel der Interkulturellen Öffnung, die bereits eine Innovation sei, ließen sich gut die verschiedenen

„Das Eingehen von Bündnissen ist ein innovativer Gedanke. Hier hat die Freie Wohlfahrtspflege in der Perspektive noch Reserven.“

– Dr. Gerhard Timm



innovativer Gedanke, der in der Freien Wohlfahrtspflege zwar zunehmend, aber noch nicht ausreichend verfolgt werde. Außerdem müssten Arbeitsstrukturen und Prozesse verändert werden, damit Menschen zur Freien Wohlfahrtspflege finden. Es seien Prozesse so zu gestalten, dass Innovation nachhaltig wirken kann.

Maria Loheide stellt die Ergebnisse aus dem Workshop Wirkung dar. Wirkungsorientierung und Wirkungsmessung stünden hier im Fokus. Wirkungsorientierung gehöre zum Selbstver-



„In 20 Jahren werden wir Interkulturelle Öffnung als Normalität erleben.“

– Heinz Knoche

Ebenen für Innovation verdeutlichen. Innovation gelinge durch Verbesserung der Rahmenbedingungen oder in der anwaltschaftlichen Rolle. Im Workshop sei die Auffassung deutlich geworden, dass Innovation noch gesteigert werden könne. So sei das Eingehen von Bündnissen ein sehr



„Gemeinsamer Grundsatz in Europa ist, dass ein leistungsfähiges Sozialsystem immer auch eine ordentliche Finanzierung erfordert.“

– Prof. Dr. Bernd Schlüter

ständnis der Freien Wohlfahrtspflege und sei Kernelement. Freie Wohlfahrtspflege wolle Wirkung erzielen. Eine andere Frage sei indes die der Wirkungsmessung, die in den letzten Jahren als Prozess immer mehr Bedeutung erlangt habe. Die Debatte um Wirkung werde sehr intensiv geführt und die Instrumente dazu seien vielfältig. Adressaten aber auch Kostenträger oder der Staat hätten einen Anspruch darauf, dass die genutzten Leistungen auch Wirkungen erzielen. Da Wirkung von Menschen aus gedacht werden müsse, seien Indikatoren wie Verbesserung der Lebensqualität, das individuelle Wohlbefinden, Teilhabe und Unterstützung in diesem Zusammenhang bedeutsam. Damit werde auch deutlich, dass perspektivisch in zehn Jahren das Thema Wirkung keine rein ökonomische Debatte mehr sein werde. Die Freie Wohlfahrtspflege sei insofern gut aufgestellt.

Im Workshop Europa sei die Besonderheit der Freien Wohlfahrtspflege noch einmal deutlich geworden. Prof. Bernd Schlüter weist auf die Komplexität des Wohlfahrtsmodells hin, welches es in Europa zu erläutern gelte. Gleichwohl gebe es durchaus ähnliche Strukturen auch in anderen Ländern. In vielen Bereichen gebe es das Wunsch- und Wahlrecht auch dort in Ansätzen. Gemeinsamer Grundsatz sei, dass ein leistungsfähiges Sozialsystem immer auch eine ordentliche Finanzierung erfordere. Darüber hinaus bestehen Übereinstimmungen bei wesentlichen Grundsätzen, beispielsweise die grundsätzliche Existenzsicherung, die Berücksichtigung eines aktivierenden Parts bei der Arbeitslosenförderung, Aspekte von Qualitätssicherung und Qualität, die Rechtssicherheit für die Nutzer/innen.

Aus den Ergebnissen der Workshops leiten die Diskutant/innen Herausforderungen und Perspektiven für die Freie Wohlfahrtspflege ab: So sei Freie Wohlfahrtspflege als Arbeitgeber attraktiv. Für die Mitarbeitenden sei es motivierend etwas Sinnvolles zu tun. Entwicklungsmöglichkeiten, Anerkennung sowie eine angemessene Bezahlung seien wichtige Elemente. Die Arbeit werde geleistet in Kooperation von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden; darin liege ein großes Potential für zivilgesellschaftliches Engagement. Dieses Engagement sei auch größer als bisher angenommen, was sich im Bereich der Flüchtlingshilfe dokumentiere. Die Freie Wohlfahrtspflege ist und bleibt das Feld der Ermöglichung gesellschaftlichen Engagements. Die sogenannten ungebundenen Helfer seien ein wichtiges Potential. Die Willkommenskultur sollte eher als Willkommensgefühl definiert werden; um dieses zu entwickeln, müssten Strukturen geschaffen, Ehrenamtliche unterstützt und die Sinnhaftigkeit der Arbeit sowie die Begeisterungsfähigkeit der Ehrenamtlichen aufrechterhalten werden. Die BAGFW habe in ihrem Integrationskonzept einen Forderungskatalog vorgelegt. Die Umsetzung dieses Konzeptes zur Integration der Flüchtlinge sei die zentrale Aufgabe und Herausforderung der Zukunft. Es gehe nun um Integration, Sprachförderung, Ausbildung und Arbeit. Dort würden die von den Verbänden vorgehaltenen professionellen Strukturen benötigt. Aber es bedarf auch zusätzlicher Ressourcen und der Unterstützung durch und der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen. Freie Wohlfahrtspflege sollte als starke soziale Kraft mit größerem Selbstbewusstsein auftreten. Sie sei eine gesellschaftliche Kraft und bleibe es auch. Ihre große Flexibilität habe sie in der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise unter Beweis gestellt.



„In 10 Jahren wird die Wirkungsdebatte keine rein ökonomische mehr sein.“

– Maria Loheide

Wohlfahrtspflege ist und bleibt das Feld der Ermöglichung gesellschaftlichen Engagements. Die sogenannten ungebundenen Helfer seien ein wichtiges Potential. Die Willkommenskultur sollte eher als Willkommensgefühl definiert werden; um dieses zu entwickeln, müssten Strukturen geschaffen, Ehrenamtliche unterstützt und die Sinnhaftigkeit der Arbeit sowie die Begeisterungsfähigkeit der Ehrenamtlichen aufrechterhalten werden. Die BAGFW habe in ihrem Integrationskonzept einen Forderungskatalog vorgelegt. Die Umsetzung dieses Konzeptes zur Integration der Flüchtlinge sei die zentrale Aufgabe und Herausforderung der Zukunft. Es gehe nun um Integration, Sprachförderung, Ausbildung und Arbeit. Dort würden die von den Verbänden vorgehaltenen professionellen Strukturen benötigt. Aber es bedarf auch zusätzlicher Ressourcen und der Unterstützung durch und der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen. Freie Wohlfahrtspflege sollte als starke soziale Kraft mit größerem Selbstbewusstsein auftreten. Sie sei eine gesellschaftliche Kraft und bleibe es auch. Ihre große Flexibilität habe sie in der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise unter Beweis gestellt.

Wohlfahrtspflege ist und bleibt das Feld der Ermöglichung gesellschaftlichen Engagements. Die sogenannten ungebundenen Helfer seien ein wichtiges Potential. Die Willkommenskultur sollte eher als Willkommensgefühl definiert werden; um dieses zu entwickeln, müssten Strukturen geschaffen, Ehrenamtliche unterstützt und die Sinnhaftigkeit der Arbeit sowie die Begeisterungsfähigkeit der Ehrenamtlichen aufrechterhalten werden. Die BAGFW habe in ihrem Integrationskonzept einen Forderungskatalog vorgelegt. Die Umsetzung dieses Konzeptes zur Integration der Flüchtlinge sei die zentrale Aufgabe und Herausforderung der Zukunft. Es gehe nun um Integration, Sprachförderung, Ausbildung und Arbeit. Dort würden die von den Verbänden vorgehaltenen professionellen Strukturen benötigt. Aber es bedarf auch zusätzlicher Ressourcen und der Unterstützung durch und der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen. Freie Wohlfahrtspflege sollte als starke soziale Kraft mit größerem Selbstbewusstsein auftreten. Sie sei eine gesellschaftliche Kraft und bleibe es auch. Ihre große Flexibilität habe sie in der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise unter Beweis gestellt.



Ausblick

Vortrag Dr. Gerhard Timm, Geschäftsführer der BAGFW

Vielleicht haben Sie sich das inzwischen auch schon gefragt: Wir haben jetzt viele Antworten bekommen. Aber was war eigentlich die Frage? Das ist eine gute, eine berechtigte Frage! Am Anfang stand die These: Es geht doch auch ohne Freie Wohlfahrtspflege. Was ist denn der Mehrwert der Freien Wohlfahrtspflege? Was ist ihr Alleinstellungsmerkmal? Zeigt uns doch mal, warum wir euch brauchen!

Sie werden es kaum glauben: Das kam aus unserem Hausministerium, dem BMFSFJ, und war sicherlich überwiegend rhetorisch gemeint, ein kleines Stück aber vielleicht auch ernst. In jedem Fall eine Provokation, die wir gerne aufgegriffen haben. Aber auch unabhängig von solchen Außenreizen kann es ja nie schaden, sich zu vergewissern, dass man noch immer das Richtige tut, das man auf gutem Weg ist, sich auch weiter zu entwickeln, Impulse aufzugreifen, neue Antworten auf neue aber auch alte Fragen zu finden. Stillstand bedeutet Rückschritt – auch in der Freien Wohlfahrtspflege. Zumal es da auch durchaus Verunsicherungen gibt. Die kommunikativ auf laut gestellten *Social Entrepreneurs* traten mit Behauptungen an die Öffentlichkeit, die uns getroffen haben. Von *unbeweglichen Tankern* war da die Rede und von fehlender Innovationskraft. Die Politik hat das zum Teil aufgegriffen.

Die Wahl des Wortes *Gutmensch* zum Unwort des Jahres wirft ein Schlaglicht auf die gesellschaftliche Stimmung in der wir uns derzeit befinden und die ein Übriges tut. Denn ganz ohne Zweifel, wir begreifen uns als „Gutmenschen“! Nicht naiv, sondern als aufgeklärte Gutmenschen, die sich politisch und in ihrer konkreten Arbeit vor Ort für Benachteiligte einsetzen. Bundesministerin Schwesig hat es beim 90jährigen Jubiläum der BAGFW 2014 so ausgedrückt: „Der Kern von Wohlfahrtspflege ist also etwas ganz Konkretes. Von Menschen für Menschen, (...). Und zwar nicht irgendwer irgendwas für irgendwen. Sondern ich für dich das, was du brauchst. Dieser Kern, diese Grundhaltung macht die Wohlfahrtspflege zu einem sicheren Anker für alle Menschen, die in irgendeiner Form Hilfe brauchen. Alles, was die BAGFW fordert und anstößt, geht letztlich auf diese Grundhaltung zurück: Ich für dich das, was du brauchst.“ Das gefällt uns natürlich, das trifft unser Selbstverständnis. Aber trifft es auch die Realität? Damit sind wir wieder bei der heutigen Veranstaltung, die diesen Realitätscheck zum Gegenstand hatte. Wir haben das im Wesentlichen in den Workshops bearbeitet.



In den einleitenden beiden Vorträgen und der nachfolgenden Diskussion sind einige allgemeine Punkte herausgearbeitet worden:

Prof. Rosenbrock hat die These vertreten, dass der öffentliche und politische Einfluss der Freien Wohlfahrtspflege größer sein könnte, wenn deutlicher würde, dass es eine moralisch-ethische Maxime ist, wegen der es die Freie Wohlfahrtspflege gibt, wegen der wir arbeiten und für die wir uns einsetzen. Und er hat festgestellt, dass eine solche Werte-Orientierung nur glaubhaft sein kann, wenn sie mit praktischen und praktikablen Ziel- und Qualitätsindikatoren unterlegt ist.

Folgerichtig, kann der *Return of Investment* kein angemessener Maßstab für den Erfolg unserer Arbeit sein. Interessant ist für mich der Aspekt, noch stärker als bisher Bündnisse zu suchen, um gemeinsam mit anderen durchsetzungsstärker zu sein.

„Es besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf zur Durchsetzung der Werte für die Freie Wohlfahrtspflege steht!“

Elke Ferner hat das alles gelobt, bis auf das Charakteristikum der Sanftheit. Sie hat Solidarität als zentrales gesellschaftliches Ziel hervorgehoben und die Notwendigkeit eines starken Sozialstaates zur Sicherung der Rahmenbedingungen und insbesondere der Rechtsansprüche betont. Aus ihrer Sicht

ist der Markt nicht per se innovativer. Die Subsidiarität sei ein gutes Prinzip für den erfolgreichen Wohlfahrtsstaat. Hinsichtlich der Feststellung von Wirkung teilt sie die Einschätzung, dass *Rentierlichkeit* kein Kriterium sei, allerdings könnte es unterstützende Argumente liefern.

In der Podiumsdiskussion vom Vormittag wurde vor allem deutlich, dass die Wertebindung stärker ins Bewußtsein und in den Mittelpunkt gerückt werden sollte. Es wurde angeregt, öffentlich offensiver und sichtbarer zu agieren. Umstritten war dabei die Frage, ob die Freie Wohlfahrtspflege dabei auch mit dem Pfund ihrer Größe und ökonomischen Potenz wuchern sollte. Bei der Beurteilung der Innovationskraft käme es entscheidend darauf an, was genau betrachtet werde und was die Maßstäbe und Kriterien der Beurteilung seien. Kritisch wurde nachgefragt, ob die Freie Wohlfahrtspflege nicht doch etwas schwerfällig sei? Als Therapie wurden Organisationsreformen angeregt. Die Arbeit an einem einheitlichen Tarifvertrag des Sozialen wurde als dringlich und wichtig eingestuft. Weitere Hinweise und Anregungen bezogen sich auf die niedrige Frauenquote und die unzureichende Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund in Führungspositionen der Freien Wohlfahrtspflege. Hinterfragt wurde auch das Wegbrechen traditioneller Milieus und das verbreitete geringe Interesse der jungen Generation an der Freien Wohlfahrtspflege.

Einige dieser Fragen konnten in den Workshops vertieft werden. Die Auswahl im Vorfeld folgte den Feldern, in denen wir besondere Herausforderungen sehen. Da wären aber auch noch andere Themen durchaus möglich gewesen. Die Diskussion von eben hat m. E. gezeigt, dass wir richtig gelegen haben. Die wesentlichen Ergebnisse sind dort gerade vorgestellt worden, das will ich jetzt nicht wiederholen.

Die arbeitsteilige Erarbeitung von Ergebnissen hat schnell den Nachteil, dass sie den Blick auf das Ganze verstellt. Deshalb an dieser Stelle zwei übergreifende Bemerkungen:

1. Wesentliches Merkmal und eine eindeutige Stärke ist die Vielfalt der Angebote und Ansätze der Freien Wohlfahrtspflege! Sie ermöglichen es, den ganzen Menschen in den Blick zu nehmen und nicht nur auf das jeweilige – tatsächliche oder vermeintliche – Defizit orientiert! Das geht bis hin zu Quersubventionierungen wenn für dringende Bedarfe im Regelbetrieb keine Mittel zur Verfügung stehen. Es spiegelt sich wieder im sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis und im Wunsch- und Wahlrecht.
2. Wir begreifen uns als Teil der Zivilgesellschaft. Wir sind frei-gemeinnützig. Wir organisieren bürgerschaftliches Engagement. D.h. wir bieten Menschen die Gelegenheit, sich im sozialen Bereich für ihre Mitmenschen zu engagieren. Das ist weitgehend ein Alleinstellungsmerkmal, sowohl in Deutschland als auch in Europa. Das gibt uns Spielraum, als Land auch 1 Mio. Geflüchtete im Jahr menschlich willkommen zu heißen. Das ist auch die Basis für den Satz „Das schaffen wir“.

Prof. Rosenbrock hat heute früh drei Veranstaltungsziele definiert:

- den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege als Ort der Selbstvergewisserung dienen
- der Öffentlichkeit und der Politik unsere Werte und unsere Innovationskraft zu manifestieren
- allen Kräften und Akteuren als Orientierung zu dienen für die Entwicklung von Bedingungen, unter denen die Freie Wohlfahrtspflege ihre Potenziale zum Nutzen des Gemeinwohls voll entfalten kann.

Und dabei geht es „um Ermöglichung von Teilhabe, um Selbstbefähigung und die Verringerung sozial bedingter Ungleichheit, letztlich um Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung.“ Ob uns das gelungen ist, ob wir diese Ziele wirklich erreicht haben, müssen letztlich Sie beurteilen. Ich finde es gibt Einiges, was dafür spricht. Aber es wurde genauso deutlich, dass es weiterer Anstrengungen bedarf. Die Welt um uns herum, einschließlich unserer eigenen relativen „Insel der Glückseligen“ ist in vielen Punkten gefährdet und defizitär: Armut, Ungleichheit, Fremdenfeindlichkeit und Fundamentalismus nehmen eher zu als ab. Das begreifen wir als Herausforderung, das begreifen wir als Aufforderung unsere Anstrengungen zu intensivieren. Das liegt jetzt weiter vor uns.

Es ist jetzt insofern überhaupt nicht der Zeitpunkt, sich auf irgendwelchen Lorbeeren auszuruhen! Es besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf zur Durchsetzung der Werte für die die Freie Wohlfahrtspflege steht! Und dazu brauchen wir auch Ihre Unterstützung!





Impressum

Herausgeber:
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien
Wohlfahrtspflege e. V. (BAGFW)

Redaktion:
Dr. Gerhard Timm (V.i.S.d.P.)
Sabina Bombien-Theilmann
Peter Friedrich
Britt Kutscha
Katrin Goßens

Konzeption und Gestaltung:
Rosendahl Berlin – Agentur für Markendesign

Bilder:
Dirk Hasskarl

© Februar 2016

Gefördert vom:

